Hans-Tjabert Conring

Deutungshorizonte des mittleren Ephoralamtes in Westfalen 1818–2018

Introduction

Der Titel „Deutungshorizonte des mittleren Ephoralamtes in Westfalen 1818 bis 2018“ kommt etwas hochtrabend daher: Deutungshorizonte aufzurufen, schafft Distanz zum Gegenstand der Untersuchung. Die Beobachtungen könnten freilich mit dem richtigen Abstand auch besser gelingen als ohne einen solchen.¹ Der Plural der Horizonte macht uns die Vielfalt der neben- und ineinander bestehenden Deutungen bewusst.² Und warum der altertümliche Ausdruck „mittleres Ephoralamt“, wenn wir

¹ Vgl. Morgan, Gareth: *Images of Organization*, Beverly Hills (California) [u.a.] 1986. Wie ist das mit dem Beobachtungsgegenstand und dem Beobachter? Wie können wir die Unterscheidung schärfen, ob die Dinge so sind, wie *ich* sie sehe oder so wie *sie* sind?; vgl. zur Organisationspersönlichkeit Kirche weiter: Conring, Hans-Tjabert: Kirchenrecht überschreitet mit Recht Grenzen. Kirchenrecht als Anatomie einer Organisationspersönlichkeit und als Werkzeugkoffer für Qualitätsarbeit, in: Hempelmann, Heinzpeter/Pompe, Hans-Hermann (Hgg.): *Freiraum. Kirche in der Region missionarisch entwickeln*, Leipzig 2013, S. 113-153 (dort S. 118-120); zur Geschichte als Schlüssel zur Organisationspersönlichkeit a.a.O., S. 121f.); vgl. zur organisationalen systemischen Beobachtungsperspektive: Simon, Fritz B[...]: *Einführung in die systemische Organisationstheorie* (Carl-Auer compact), 2. Aufl., Heidelberg 2009. – In der folgenden Darstellung wird auf folgende einschlägige Gesetze Bezug genommen: 1. Kirchenordnung der Evangelischen Kirche von Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 1999 (KABl. 1999, S. 1), zuletzt geändert durch das 61. Kirchengesetz (KG) zur Änderung der Kirchenordnung (KO) vom 17. Nov. 2016, KABl. 2016, S. 466 (Neufassung § 42 Abs. 3); 2. Kirchengesetz über die Rechtsverhältnisse des Superintendenten in der Evangelischen Kirche von Westfalen (Superintendentengesetz). Vom 18. Oktober 1974 (KABl. 1974, S. 211) in der Fassung der Gesetzesvertretenden Verordnung zur Anpassung von Vorschriften an das Pfarrdienstgesetz der EKD, 5. April 2017, KABl. 2017, S. 54, 189; 3. Ausführungsbestimmungen zum Kirchengesetz über die Rechtsverhältnisse des Superintendenten in der Evangelischen Kirche von Westfalen vom 8. Januar 1975 (KABl. 1975, S. 8); 4. Kirchengesetz zur Bildung von Kreissynoden und Kreissynodalvorständen in besonderen Fällen (Kirchenkreisleitungsgesetz – KKLg). Vom 18. November 2011 (KABl. 2011, S. 283) Gesetzesvertretende Verordnung zur Anpassung von Vorschriften an das Pfarrdienstgesetz der EKD 5. April 2017 KABl. 2017 S. 54, 189, § 5 geändert; 5. Kirchengesetz über die Ordnung der diakonischen Arbeit in der Evangelischen Kirche von Westfalen (Diakoniegesetz – DiakoniegG). Vom 19. November 2015, (KABl. 2016, S. 55); 6. Preußische Gesetzesammlung: LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte (Dr. Marcus Weidner; marcus.weidner@lwl.org) Projekt Laufzeit 2007.

² Morgan, *Images* (wie Anm. 1), S. 321: „Any realistic approach to organizational analysis must start from the premise that organizations can be many things at one and the same time.“

doch „Superintendent/in“ sagen könnten? Ein Aufatmen ergibt sich vielleicht bei dem Wort „Westfalen“, denn das klingt bodenständig-unverrückt und der Zeitraum 1818 bis 2018 – nun, das war vorgegeben und passt in die aktuelle Serie von 200jährigen Rückblicken in Kirchenkreisen Rheinlands und Westfalens und darüber hinaus.

Es wird so nicht weitergehen, wir müssen Abschied nehmen und neu beginnen. Der fortwährende Prozess des Lebens führt uns in immer neue Räume mit anderen Bindungen und Möblierungen, die uns hoffentlich heiter zur Arbeit schreiten lassen, die weder fesseln noch einengen, sondern der drohenden Lähmung enttraffend uns zur Reise weiten.

Wenn wir von Dingen wie dem Superintendentenamts sprechen – und das kühn im Horizont von 200 Jahren –, dann behaupten wir damit eine erstaunliche Kontinuität: Wir sagen damit ja, dass das Amt, das ein Superintendent 1818 bekleidete, gewählt oder berufen, auf Zeit oder lebenslang, besoldet oder ehrenamtlich, staatlich beauftragt und kirchlich legitimiert, etwas mit dem zu tun habe, was eine heutige Superintendentin etwa in Recklinghausen als kirchliches Amt führt. Der Mut besteht weniger darin, die durchschrittenen Räume zu zählen und sich der damit verlassenen heimischen Lebenskreise zu erinnern, als in der These der Einheit. Das Überraschende liegt weniger in der Veränderung der Umstände und des Amtes selbst als in der Kontinuität.

1818 wurden in Westfalen 16 „Diöcesen“ mit insgesamt 284 Gemeinden eingerichtet:³

Regierungsbezirke (Diöcesenanzahl/Gemeindeanzahl)	Lfd. Nr.	Diöcesen (Gemeindeanzahl)
Minden (4/85)	1	Minden (25)
	2	Rahden (16)
	3	Herford (20)
	4	Bielefeld (24)
Münster (1/17)	5	Tecklenburg (17)
Arnsberg (11/182)	6	Soest (21)
	7	Hamm (13)
	8	Unna (18)
	9	Dortmund (19)
	10	Bochum (18)
	11	Hattingen (12)

³ Jacobson, Heinrich Friedrich: Geschichte der Quellen des evangelischen Kirchenrechts der Provinzen Rheinland und Westfalen, mit Urkunden und Regesten, Königsberg 1844, S. 896 (§ 142: Die Provinz Westfalen von 1816–1834) mit Verweis auf die Publikation vom 9. Juli 1818 in den Amtsblättern der Bezirksregierungen Münster 1818, S. 207; Arnsberg 1818, S. 442; Minden 1818, S. 358.

Regierungsbezirke (Diöcesenanzahl/Gemeindeanzahl)	Lfd. Nr.	Diöcesen (Gemeindeanzahl)
	12	Hagen (18)
	13	Lüdenscheid (19)
	14	Iserlohn (20)
	15	Wittgenstein (11)
	16	Siegen (13)

Die kirchliche Verfassungsauseinandersetzung, die mit der Herrschaft Preußens begann und die durch den Unionsaufruf 1817 eine zusätzliche Thematik erhielt, ist andernorts gründlich behandelt worden.⁴

Der Begriff „Kirchenkreis“ etablierte sich erst vollständig mit der Kirchenordnung von 1953. Die Kirchenordnungen von 1835 und von 1908 sprachen von „Diöcesen“, die Kirchenordnung von 1923 nicht ganz einheitlich von „Kirchenkreis“ und „Kreisgemeinde“.⁵ Bereits vor 1818 gab es eine „Mittlebene“: In der Grafschaft Mark war dies die Classis, die von einem Subdelegaten oder Inspektor geleitet wurde.⁶ Der Inspector „verrichtet in üblicher Weise“ die Ordination,⁷ bzw. die Ordination wird vom Inspector und dessen Collegen „des Sonntags vor der Gemeinde verrichtet“.⁸ Die beiden Kirchenordnungen sind durch Rückverweise auf andere Akten und Synodalbeschlüsse (etwa Emden 1571) nicht ganz einfach zu lesen. Sie regeln unter anderem die Berufung der Predigenden, die

⁴ Geck, Albrecht: Wilhelm Bäumers Veröffentlichungen zur Kirchenverfassungsfrage (1808–1823), in: Kampmann, Jürgen (Hg.): Aus dem Lande der Synoden. Festschrift Wilhelm Heinrich Neuser zum 70. Geburtstag, Lübecke 1996, S. 54-111; Geck, Albrecht: Kirchliche Selbstständigkeitsbewegung in Preußen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: JWKG 90 (1996), S. 95-119; Geck, Albrecht: Wilhelm Bäumers Anteil an den Lippstädter Beschlüssen von 1819. Ein Beitrag zum Verständnis eines seltenen Dokuments in der Bibliothek des Instituts für kirchliche Zeitgeschichte des Kirchenkreises Recklinghausen, in: Brakelmann, Günter/Burkowski, Peter (Hgg.): Auf den Spuren kirchlicher Zeitgeschichte. Festschrift für Helmut Geck zum 75. Geburtstag (Recklinghäuser Forum zur Geschichte von Kirchenkreisen 3), Münster 2010, S. 351-381.

⁵ Vgl. zur Begriffsentwicklung detailliert: Kampmann, Jürgen: Die Einrichtung von Kirchenkreisen in Westfalen im 19. Jahrhundert, in: Geck, Helmut (Hg.): Kirchenkreise – Kreissynoden – Superintendenten, Münster 2004, S. 24-41, dort S. 24f. und S. 27f. zu der Unterscheidung von „Classis“ und „Diöcese“.

⁶ A.a.O., S. 26, mit Verweis auf die Cleve-Märkische Reformierte Kirchenordnung 1662 und die Cleve-Märkische Lutherische Kirchenordnung 1687; die Cleve-Märkische und Jülich-Bergische Reformierte Kirchenordnung vom 20. Mai 1662 ist abgedruckt bei Jacobson, Heinrich Friedrich: Urkunden-Sammlung von bisher ungedruckten Gesetzen nebst Uebersichten gedruckter Verordnungen für die evangelische Kirche von Rheinland und Westfalen. Als Anhang zur Geschichte des Rheinisch-Westfälischen evangelischen Kirchenrechts, Königsberg 1844, S. 181-190; die Cleve-Märkische Lutherische Kirchenordnung vom 6. August 1687 a.a.O., S. 242-249.

⁷ Cleve-Märkische Reformierte Kirchenordnung 1662, Ziffer 13.

⁸ Cleve-Märkische Lutherische Kirchenordnung 1687, Ziffer 9.

Predigt, die wie selbstverständlich der „Censur“ unterworfen war,⁹ die Schulordnung, kirchliche Versammlungen (Presbyterien, Classen, Provincial- und Generalsynode), Taufe, Abendmahl und auch die Kirchenzucht. Viel „organisationaler“ werden die preußischen Reglements, und auch die heutigen Ordnungen stellen ein regelrechtes Organisationsstatut dar.¹⁰

1. Kontinuität des Textes

In den kirchlichen Verfassungstexten lässt sich leicht zeigen, wie das einzig ursprünglich evangelische Amt verwurzelt ist, wie Worte kontinuierlich verwendet werden, um das mittlere Ephoralamt zu gewährleisten. Die Rheinisch-Westfälische Kirchenordnung von 1835 formuliert in § 38 knapp und klar:

„Der Superintendent hat

1. in allen kirchlichen Angelegenheiten über Erhaltung und Ausführung der Kirchen-Ordnung und Synodal-Beschlüsse zu wachen und die Rechte der Kirche wahrzunehmen.

2. Er führt die Aufsicht über die Presbyterien, über das Fortstudiren und die Führung der Kandidaten des Kreises, wie auch über die Amts-Verwaltung und den Lebenswandel der Geistlichen, Kirchenbedienten und Schullehrer, nach den Grundsätzen der Kirchen-Ordnung. Er sucht Mißhelligkeiten, welche zwischen Gemeinden, Predigern, Presbyterien, diesen und der Gemeinde entstehen, zu vermitteln und auszugleichen und führt die Disziplinar-Untersuchungen gegen Geistliche, Kirchen-Bediente und Schullehrer und Presbyterien seines Kreises allein oder insofern es der Zuziehung richterlicher Personen bedarf, mit denselben gemeinschaftlich.

3. Er hält in der Regel in jeder Gemeinde alle zwei Jahre die Kirchen-Visitation nach der vorgeschriebenen Instruktion, und stattet darüber Bericht an die geistliche Behörde und an die Synode bei ihrer Versammlung ab. Im Nothfall kann er sich in diesem Geschäfte von seinem Assessor vertreten lassen, so wie letzterer in der Gemeinde des Superintendenten jedesmal die Kirchen-Visitation übernimmt.

⁹ Vgl. Cleve-Märkische Reformierte Kirchenordnung 1662, Cap. III: „Von der Censur der Prediger (s. Syn. zu Wesel 1568)“.

¹⁰ Dass die westfälische Kirchenordnung 1953/1999 mit ihrem zweiten Teil (Wort und Sakrament) die alte, vorpreußische Tradition der Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts fortsetzt, macht sie heute zu einer unter den EKD-Gliedkirchen besonderen Kirchenordnung, vgl. dazu: Conring, Hans-Tjabert: N.N. – Neue Normen für eine veränderte Organisationsgestalt der Ev. Kirche, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 61 (2016), S. 391-410, dort S. 395 und insbesondere S. 404: „Nur in Westfalen ist die LO [Lebensordnung] vollständig Teil der KO [Kirchenordnung].“

4. Er ordnet die Geschäfte, welche bei einer vakanten Gemeinde zu besorgen sind, bestimmt daher den Turnus, nach welchem die geistlichen Amtsverrichtungen während der Vakanz einer Pfarrstelle von den Predigern der Kreis-Synode und Kandidaten verrichtet werden, führt das Präsidium des Presbyteriums der vakanten Gemeinde und besorgt,
5. die Wahlangelegenheiten in der Gemeinde nach der vorgeschriebenen Ordnung, leitet die Prediger-Wahl, und verrichtet die Ordination und Introduction der Geistlichen in Verbindung mit dem Assessor und Scriba.
6. Er leitet die Synode bei ihrer Versammlung, ordnet den Gang der Verhandlungen an, hat den Vorsitz und das Recht der Entscheidung bei Gleichheit der Stimmen und steht an der Spitze in den von der Synode ernannten Kommissionen.
7. Er hat die Verordnungen der Behörden in Ausführung zu bringen. Die Verfügungen derselben, so weit sie die kirchlichen Angelegenheiten und die Amtsführung der Geistlichen betreffen, gelangen allein durch ihn an die Prediger und Gemeinden des Kreises, und durch ihn gehen die Gesuche der Prediger und Gemeinden wieder zu den Behörden.
8. Er ist in der Regel Schulinspektor, oder es kommen doch alle die Schule betreffenden Angelegenheiten, wenn ein anderer Geistlicher mit der Schulpflege beauftragt ist, an ihn und durch ihn an die Staats-Behörde, und von dieser durch ihn an die Schul-Inspektoren. Er ist hiernach das Organ sowohl der dem Kirchen- und Schulwesen vorgesetzten Königlichen Behörden, als der Synode.
[Berlin, den 6. März 1835]“

Vieles kommt uns hier sehr bekannt vor, wenn wir an die Regelungen heutigen Kirchenrechts zum Superintendentenamt denken. Natürlich ist nicht alles identisch, es gibt beispielsweise auch Superintendentinnen, und das mit der Schule ist heute anders, aber im Großen und Ganzen: Wachen über die Beschlüsse der Kirchengemeinde, Rechte der Kirche wahrnehmen, Aufsicht über Presbyterien führen, Visitieren, bei vakanten Gemeinden für den ordentlichen Fortgang der Amtsgeschäfte sorgen – es ist doch vieles scheinbar ganz gleich geblieben und bewegt sich in großer evangelischer Kontinuität.

Die folgende Version der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung von 1908 liest sich – abgesehen von wenigen redaktionellen Korrekturen und sanfter Modernisierung der Sprache – immer noch sehr ähnlich. Jetzt – 1908 – findet sich das 1835 noch im § 38 Gesagte im § 51 wieder und hört sich so an:

„Der Superintendent hat

1. in allen kirchlichen Angelegenheiten über Erhaltung und Ausführung der Kirchenordnung und Synodalbeschlüsse zu wachen und die Rechte der Kirche wahrzunehmen;
2. die Aufsicht über die Presbyterien, über die wissenschaftliche Weiterbildung und die Führung der Kandidaten der Kreisgemeinde wie auch

über die Amtsverwaltung und den Wandel der Geistlichen und Kirchengemeindebeamten auszuüben und bei der Anstellung der letzteren mitzuwirken. Er sucht Mißhelligkeiten, welche zwischen Gemeinden, Geistlichen, Presbyterien, diesen und der Gemeinde entstehen, auszugleichen und führt die zur Zuständigkeit des Kreissynodalvorstandes gehörigen oder ihm sonst aufgetragenen disziplinarischen Verhandlungen;

3. in jeder Gemeinde alle 2 - 4 Jahre die Kirchenvisitation nach der vorgeschriebenen Anweisung zu halten und darüber Bericht an das Konsistorium und an die Synode bei ihrer Versammlung zu erstatten. Im Notfalle kann er sich von dem Assessor vertreten lassen. In der Gemeinde des Superintendenten übernimmt die Kirchenvisitation der Assessor;

4. die Geschäfte zu ordnen, welche infolge der Erledigung einer Pfarrstelle von den Geistlichen und Kandidaten der Kreisgemeinde zu verrichten sind, und den Vorsitz im Presbyterium der vakanten Gemeinde zu führen oder damit einen anderen Pfarrer des Kirchenkreises zu beauftragen;

5. die Wahlangelegenheiten in der Gemeinde nach der vorgeschriebenen Ordnung zu besorgen, die Wahl der Pfarrer und Hilfsgeistlichen zu leiten und die Ordination und Einführung der Geistlichen vorzunehmen;

6. den Vorsitz in der Synode zu führen; er leitet den Gang der Verhandlungen, hat das Recht der Entscheidung bei Gleichheit der Stimmen außer bei Wahlen, bei denen das Los entscheidet, und das Recht zur Teilnahme an den Verhandlungen der Ausschüsse gemäß § 44 Abs. 4;

7. die Verordnungen der Behörden auszuführen. Ihre Verfügungen, soweit sie die kirchlichen Angelegenheiten und die kirchliche Amtsführung der Geistlichen betreffen, gelangen allein durch ihn an die Pfarrer und Gemeinden der Kreisgemeinde, und durch ihn gehen die Berichte und Gesuche der Geistlichen und Gemeinden an die Behörden;

8. die Kreissynode bei der Einweihung neuer Kirchen und Kapellen sowie bei anderen Festlichkeiten, die für die Kreisgemeinde von Bedeutung sind, zu vertreten;

9. die Gemeindepfarrer und Hilfsprediger zur Förderung der wissenschaftlichen Fortbildung sowie zur Aussprache über Erfahrungen und Bedürfnisse des Amtes mindestens einmal im Jahre zusammenzurufen. Die Teilnahme ist pflichtmäßig. Die Kosten trägt der Kreissynodalverband;

10. an den vom Generalsuperintendenten zu veranstaltenden Besprechungen teilzunehmen; das gleiche gilt für die vom Präses der Provinzialsynode veranlaßten Besprechungen.“

Und diese Textkontinuität setzt sich bruchlos in die Verfassung von 1923 fort. Wir erkennen hier Bausteine, die auch in unserer heute geltenden, in der Grundstruktur von 1953 stammenden Kirchenordnung fortgelten, wengleich nicht mehr in einem kompakten Artikel. Beispielsweise spricht die Rheinisch-Westfälische Kirchenordnung (RWKO) 1908 und 1923 davon, dass der Superintendent an den vom Präses der Provinzialsynode veranlassten Besprechungen teilzunehmen habe. Die Kirchenordnung der Evangelischen Kirche von Westfalen (KO EKvW) 1953 formu-

liert im Art. 148 Abs. 1 Satz 7: „Er – der Präses – führt die Superintendenten in ihr Amt ein und *versammelt sie regelmäßig zu gemeinsamer Beratung*.“¹¹ Dieser Satz steht heute im Art. 153 Abs. 1 Satz 10 KO EKvW in folgendem Wortlaut:

„¹⁰Die Präses oder der Präses führt die Superintendentinnen und Superintendenten in ihr Amt ein und *versammelt sie regelmäßig zu gemeinsamer Beratung*.“¹²

Und selbstverständlich führen Superintendentinnen immer noch die Aufsicht. Der heutige Art. 114 KO EKvW formuliert das so:

„Artikel 114

(1) Superintendentinnen und Superintendenten achten auf das gesamte kirchliche Leben und die Einhaltung der kirchlichen Ordnung im Kirchenkreis.

(2) ¹Sie führen die Aufsicht über die Kirchengemeinden und Presbyterien sowie über alle, die im Kirchenkreis ein Amt haben. ²Sie sollen insbesondere auf die Verkündigung des Wortes Gottes und die Verwaltung der Sakramente Acht haben.

(3) ¹Wo ihnen Mängel und Nachlässigkeit im Amt bekannt werden, sollen sie zur Besserung mahnen und geschwisterliche Weisung geben. ²Liegt der Verdacht einer Amtspflichtverletzung vor, berichten sie dem Landeskirchenamt.“

2. Diskontinuität des Kontextes I (Gesellschaft und Kirche)

Es ist trotz der erkennbaren Kontinuität im Textbefund keinesfalls alles so geblieben, wie es war. Kein Text existiert ohne Kontext. Zwischen den so ähnlich formulierten Texten von 1835, 1908, 1923 und 1953 und bis heute hat sich die (kirchliche) Welt vollständig verändert.¹³ Diese Textkontinuität war kein aktiver Vorgang der Tarnung. Den Zeitgenossen zu Beginn der 1920iger Jahre war ziemlich klar, was mit dem Ende der Monarchie und der Ausrufung der Republik, mit dem Ende des preußischen Wahlrechts in der Kirche, mit der organisatorischen Eigenständigkeit der Kirchen, kurz, was mit dem Ende des landesherrlichen Kirchenregimentes an grundstürzender Veränderung geschehen war.

Wenn wir über 200 Jahre zurückschauen, ist uns bewusst, dass wir damit in eine Zeit sehen, die uns zwar bis heute prägt, auch nachvoll-

¹¹ Hervorhebung vom Vf.

¹² Hervorhebung vom Vf.

¹³ Von „grundlegender Veränderung“, die aber „keine durchschlagende Wirkung“ auf die Kirchenverfassungen zeitigten, spricht Kampmann auch in Bezug auf den historischen Wandel vor 1818; Kampmann, Einrichtung (wie Anm. 5), S. 29.

ziehbar beeinflusst, die uns aber gleichzeitig reichlich fremd anmuten dürfte – beziehungsweise: Je nach Alter und Konstitution kommt uns die Gegenwart selbst mitunter fremd vor, weil wir sie mit alten Augen sehen, und einem Gehirn und einem Gedächtnis verarbeiten, dessen Kategorien in der Vergangenheit erlernt wurden. Das ist ein natürlicher und mithin normaler Vorgang, der allerdings immer wieder einmal der Bewusstmachung und des Abgleichs bedarf – und eben dies ist ja der Zweck und Sinn dieser sechsten Studententagung zur Erforschung der Geschichte von Kirchenkreisen: „200 Jahre Kirchenkreise“.

Ungefähr in der Mitte zwischen 2018 und 1818, im ausgehenden langen 19. Jahrhundert (1794 [ALR]¹⁴–1918 [WRV]¹⁵) veränderte sich das Weltbild in Europa. Der „objektive“ Rahmen, der Raum und die Zeit nach Einsteins Relativitätstheorie nicht nur in der Physik, sondern auch im Menschenbild im Übrigen; sei es stammesgeschichtlich (Evolution, Charles Darwin), sei es in der Seelenkunde (Sigmund Freud, Carl Gustav Jung, Alfred Adler), sei es in der Anthropologie (nach Rudolf Virchow später Henri Bergson und dann Helmuth Plessner) oder der Staats- und Volkswirtschaftslehre: Pluralisierungen, wohin man blickt, weil jeder Einzelne mit seinem Set an Chromosomen und Erbgut zum Mittelpunkt seiner Welt wurde und die Aggregation der Vielen zu Masse, zu Gesellschaft, zu Volk, Nation, zu Rasse, Masse und Gesellschaft, zu Klassen und Milieus das Ergebnis einer notwendigen, wenngleich nicht immer bewussten und reflektierten Fremd und Selbst-Deutungsarbeit wurde. Diese kraftvollen – das heißt dynamischen – Rahmenbedingungen wirken in die politische Kultur, in die Differenz von Öffentlichkeit und Privatheit, von Management, von Wirtschaft und Politik, und führen zur Bereitschaft und zu der Notwendigkeit, Neues zu wagen.¹⁶

In der Kirchengeschichte tritt diese Perspektive kaum ans Licht; ob dies an der unbekümmerten Technikferne, an bekümmerten Wissenschaftsdistanz oder am mangelnden Kümmern angesichts von vielfältigem Kummer überhaupt liegt, kann dahin gestellt bleiben – faktisch und in Kontrast zur Textkontinuität hat sich in diesen zweihundert Jahren die Welt grundlegend, das heißt disruptiv, verändert, und diese Weltveränderung hinterlässt „natürlich“ auch ekklesiologische Spuren. Wenn Bismarck Deutschland nur in den Sattel setzen wollte, und auf die Begabung und Fähigkeit zu Reiten vertraute¹⁷, so lässt sich vielleicht sagen: Das lan-

¹⁴ Allgemeines Preußisches Landrecht.

¹⁵ Weimarer Reichsverfassung.

¹⁶ Vgl. dazu eindringlich: Plessner, Helmuth: Die Legende von den zwanziger Jahren, in: Hesse, Konrad/Reicke, Siegfried/Scheuner, Ulrich (Hgg.): Staatsverfassung und Kirchenordnung. Festgabe für Rudolf Smend zum 80. Geburtstag am 15. Januar 1962, Tübingen 1962, S. 209–223.

¹⁷ „Setzen wir Deutschland, so zu sagen, in den Sattel. Reiten wird es schon können.“ – Rede am 11. März 1867 im norddeutschen Reichstag, zitiert nach: Büchmann, Georg: Geflügelte Worte. Frankfurt (Main) [u.a.] 1986, S. 375.

ge 19. Jahrhundert hat den Kirchen den Regierungsauftrag übertragen, regieren werden sie sich schon können.¹⁸ Dieses Sich-selber-Regieren bedarf aber einiger Übung und (Selbst-)Reflexion, das heißt auch: Beobachtungsabstand und Deutungsleistung. Für eine solche kontemplative Arbeit wie auch für die praktische Einübung war Anfang der 1920er Jahre und in den 1930er Jahren wenig Zeit und Muße, und in der zunächst sehr wohlwollenden und komfortablen Situation der unmittelbaren Nachkriegsjahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg wenig Anlass und Notwendigkeit. Seit sich seit den 1980er Jahren der Wandel zwar unbestreitbar angebahnt hat, überkompensiert das jährliche Kirchensteueraufkommen das stetige Abschmelzen der Kirchenmitgliedschaft.¹⁹ Es sind Formeln wie „Miteinander und Gegenüber“ oder „geistlich und rechtlich in unaufgebbarer Einheit“, die der kirchenverfassungsrechtlichen Spannung evangelischer Kirchen heute Ausdruck geben²⁰ und die recht unmittelbar auf die evangelische, berufliche Beheimatung einer Superintendentin durchschlagen. Der Blickwinkel, der nicht mehr Kirchengemeinde und Kirchenkreis in ein Leitungsgegenüber zur Landeskirche setzt, sondern der das arbeitsteilige Zusammenwirken der ganzen Kirche um einer nur gemeinsam zu gewinnenden Entwicklung willen betont,²¹ ist noch relativ jung.²²

¹⁸ Vgl. Huber, Wolfgang: „Geistlich und rechtlich in unaufgebbarer Einheit“. Ordnung der Kirche in theologischer Perspektive, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 63 (2018), S. 1-13, a.a.O., S. 1: „Denn mit der Übergabe der bischöflichen Leitungsaufgaben an die Landesfürsten war die Fähigkeit evangelischer Kirche, eigenständig über ihre Verfassung zu bestimmen, für vier der fünf Jahrhunderte, die seit der Reformation vergangen sind, mehr oder minder suspendiert.“ A.a.O., S. 2: „Bis 1918, also vier der fünf Jahrhunderte, die wir in diesem Jubiläumsjahr Revue passieren lassen, waren die evangelischen Kirchen in Deutschland durch vor-demokratische Verhältnisse geprägt, die sich mit der Entlastung von der Aufgabe verbanden, auf die rechtlichen wie theologischen Fragen einer evangelischen Kirchenordnung eigenständige Antworten zu geben.“ Auch abgedruckt in: Knöppel, Volker (Hg.): Miteinander und Gegenüber, Tübingen 2018, S. 1-21, dort S. 1 bzw. S. 3.

¹⁹ Allerdings bleibt inflationsbereinigt ein erheblicher Rückgang an Finanzkraft zu konstatieren, der sich nicht flächendeckend in einer vorsichtigeren und vorausschauenderen Finanzpolitik niederschlägt.

²⁰ Vgl. Huber, Einheit (wie Anm. 18), S. 1-21.

²¹ Die Verwaltungsordnung der EKvW wird ab Einführung des doppischen Rechnungswesens auch für die landeskirchliche Ebene nicht mehr „nur“ für die Kirchengemeinden und Kirchenkreise gelten, sondern für alle Finanz- und Vermögensverwaltung in der gesamten Kirche. Die hier notwendigen Umdenkprozesse sind noch nicht abgeschlossen, verändern aber den Blickwinkel aller Beteiligten nachhaltig, ohne den systematischen Wirkungszusammenhang durch aufsichtliche Funktionen in über- und untergeordnete Einheiten aufzuheben.

²² Vgl. Huber, Einheit (wie Anm. 18), S. 8: „Die Neufassung der badischen Grundordnung von 2007 hat diesen Ansatz allerdings noch in einer sehr bemerkenswerten Weise weitergeführt. Er beschreibt jetzt nicht mehr nur einen Grundsatz der Zusammenarbeit auf der Ebene landeskirchlicher Leitungsaufgaben, sondern gilt für die Wahrnehmung von Leitungsaufgaben auf allen Ebenen kirchlichen Handelns.“

3. Diskontinuität des Kontextes II (Staat-Kirche-Verhältnis)

In der Zeitspanne von 1818 bis 2018 hat sich auch das Verhältnis von Kirche und Staat verändert. Es lassen sich grob zwei Phasen voneinander unterscheiden: Zunächst eine Zeitspanne, die wesentlich mit dem „langen 19. Jahrhundert“ (1794–1918) deckungsgleich ist, in der sich die Kirche schrittweise vom Staat emanzipiert, soweit sie dessen bedurfte, und umgekehrt der Staat die Kirche auch los wurde, soweit er dessen meinte zu bedürfen. Und sodann die Phase der organisatorischen Selbständigkeit in den darauffolgenden 100 Jahren (1918–2018). Die Presbyterial-Verfassung der westlichen Provinzen Preußens verlangte im Wesentlichen kirchliche Selbstverwaltung.²³

3.1 Schrittweise Emanzipation

Das „lange 19. Jahrhundert“ (1794–1918) ist für Westfalen vorrangig durch die Entwicklung des preußischen Staates geprägt, der mit dem

[...] Erst in dieser Fassung an diesem Ort gewinnt die Formel ‚geistlich und rechtlich in unaufgebbarer Einheit‘ eine Klarheit und ein Gewicht, durch die sie wirklich als Fundamentalsatz der Kirchenordnung insgesamt in Erscheinung tritt.“ Auch abgedruckt in: Knöppel, Miteinander (wie Anm. 18), S. 12f.

²³ Vgl. nur: Bäumer, Wilhelm: Die Presbyterial-Verfassung in ihrer Begründung und ihrem Werth, Hamm 1825; Bäumer legt in 22 Paragraphen das Prinzip als tragfähig angesichts der preußischen Union und des kirchlichen Bedürfnisses nach staatlicher Unabhängigkeit und Selbstregierung dar. Siehe insbesondere die sieben Punkte im § 12 (a.a.O., S. 29f.): „Ihnen zufolge werden wir das Wesentliche der Presbyterialverfassung darin finden, daß 1) alle Glieder der Kirche Gleiche sind, 2) daß jede in der Kirche regierende Autorität in der Gesamtheit der Gemeinen ruht und jedesmal als aus dieser hervorgegangen muß betrachtet werden können. Alle mit der Verwaltung kirchlicher Angelegenheiten Beauftragte müssen von den Gemeinden Ernante und Beauftragte seyn, und kein anderes Recht und keine andere Gewalt kann ihnen zukommen, als was diese Ernennung in sich schließt und ausdrückt, 3) daß die Kirche durchaus keine äußere Gewalt über irgend einen oder in irgend einer Sache sich anmaßt, daß also auch die Beamten der Kirche eine solche Gewalt nie und in keiner Beziehung haben. Nie haben sie das Recht, Jemanden ein Uebel an seinem Leben, seiner bürgerlichen Ehre oder seinen Gütern zuzufügen, 4) daß alle Anordnungen und Bestimmungen zu Erreichung kirchlicher Zwecke nur nach freyer Vereinbarung und Verabredung getroffen werden, 5) daß jedoch jedes Glied der Kirche verpflichtet ist, den durch allgemeine Verabredungen getroffenen Anordnungen sich zu fügen, und sich dieser Pflicht nur durch seinen Austritt aus der Kirchengemeinschaft entziehen kann, 6) daß die Kirche keine andern Mittel hat, ihre widerwilligen Glieder zum Gehorsam zu bewegen, als Bitten, Ermahnung und Warnungen, 7) daß ihr endlich auch das Recht zustehe, diejenigen, die hartnäckig der Gesellschaftsordnung widerstreben und dieselbe stören, aus ihrer Gemeinschaft auszuschließen: so wie diejenigen, die als Beamte der Kirche das ihnen Aufgetragene oder von ihnen Versprochene nicht leisten, zu entlassen.“

Kontrollratsgesetz Nr. 46²⁴ später (1947) dann auch juristisch untergeht und endet.²⁵ Der preußische Staat hatte 1817 noch zur Union aufgerufen und damit auch innerkirchliche Spannungen freigesetzt.²⁶ Mit der ersten preußischen Verfassung nach 1848 zog die Religionsfreiheit in die Staatsurkunde ein:

„Artikel 15

Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, so wie jede andere Religionsgesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultur-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.“²⁷

In der letzten preußischen Verfassung nach dem Ende des Ersten Weltkrieges findet sich nunmehr der Kirchenaustritt als verbleibender Regelungsgegenstand in Relation zur Kirche:

„Artikel 76

(1) Wer aus einer Religionsgemeinschaft öffentlichen Rechts mit bürgerlicher Wirkung austreten will, hat den Austritt bei Gericht zu erklären oder als Einzelerklärung in öffentlich beglaubigter Form einzureichen. Die Steuerpflicht des Ausgetretenen erlischt frühestens mit dem Ende des Steuerjahres, in dem die Austrittserklärung abgegeben worden ist.
(2) Das Nähere wird durch Gesetz bestimmt.“²⁸

²⁴ Kontrollratsgesetz Nr. 46, Auflösung des Staates Preußen vom 25. Februar 1947, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, S. 262.

²⁵ Smend, Rudolf: Staat und Kirche nach dem Bonner Grundgesetz, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 1 (1951), S. 4-14, dort S. 6: „Auf der zweiten, erst jüngst von uns verlassenen Entwicklungsstufe des Verhältnisses von Staat und Kirche wird das Verhältnis problematisch. Die Kirche hat nicht mehr die frühere selbstverständliche Nähe zum nunmehr konfessionell neutralen Staat. Das tritt erst allmählich und unwillkürlich ins Bewußtsein, vor allem durch die Spannungen und Konflikte des 19. und 20. Jahrhunderts, am entschiedensten durch den Kulturkampf und seine Begleit- und Folgeerscheinungen. Daß es eine allgemeine Entwicklungslinie ist, wird dadurch verdunkelt, daß für beinahe hundert Jahre die katholische Kirche in dieser Lockerungsbewegung führt, während die durch den landesherrlichen Summepiskopat noch eng mit dem Staat verbundene evangelische Kirche mindestens äußerlich noch in dem alten Geleise bleibt.“

²⁶ Vgl. die Deutung der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung 1835 als „Kompromiß zwischen dem alten Recht und dem Kirchenregiment des Landesherrn“ durch Joachim Beckmann [Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 1 (1951), S. 136], dem sich Wilhelm Maurer anschloss, s. Maurer, Wilhelm: [Rez.] Göbell, Walter: Die Rheinisch-Westfälische Kirchenordnung vom 5. März 1835. Ihre geschichtliche Entwicklung und ihr theologischer Gehalt, Bd. 1, Duisburg: Otto Hecker. 1948. 283 S., in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 2 (1952), S. 84-106, dort S. 84.

²⁷ Preußische Verfassungsurkunde 1850, in: Gesetz-Sammlung für die königlichen Preußischen Staaten 1850, Nr. 3, S. 17-35, Zitat S. 19.

²⁸ Preußische Verfassung 1920, Abschnitt IX, Die Religionsgesellschaften, in: Preußische Gesetzsammlung 1920, Nr. 54, S. 543-558, Zitat S. 557.

Preußen wird mit seiner Verfassung vom 30. November 1920 selbst zu einem Freistaat, der die Übergabe des Kirchenregimentes an die Kirche im Art. 82 vorsah:

„(1) Die Befugnisse, die früher dem Könige zustanden, gehen auf das Staatsministerium über.

(2) Die Rechte, die dem König als Träger des landesherrlichen Kirchenregiments zustanden, werden von drei durch das Staatsministerium zu bestimmende Minister evangelischen Glaubens ausgeübt, solange nicht die evangelischen Kirchen diese Rechte durch staatsgesetzlich bestätigte Kirchengesetze auf kirchliche Organe übertragen haben.

(3) Die sonstigen bisher vom Könige gegenüber den Religionsgesellschaften ausgeübten Rechte werden im Sinne des Artikels 137 der Reichsverfassung neu geregelt.“²⁹

Dazwischen liegt eine Entwicklung schrittweiser Verselbständigung kirchlicher Instanzen, die gleichzeitig eine Einflussgewinnung der rheinisch-westfälischen Kirchenordnungsidee im gesamten preußischen Herrschaftsgebiet bedeutete.³⁰

Die erste Westfälische Provinzialsynode wurde am 1. September 1819 in Lippstadt gehalten; sämtliche Vorstände der Kreissynoden Westfalens waren eingeladen.³¹ Die erste (preußische) „Landessynode“ fand auf Betreiben von Kultusminister Eichhorn 1846 in Berlin mit beratendem Status statt.³² Die evangelische Oberbehörde wird 1849 als besondere Abteilung des Kultusministeriums mit kollegialer Befugnis eingerichtet und ab 1850 als „Evangelischer Oberkirchenrat“ geführt.³³ Eine vom Minister unabhängige Oberbehörde entsprach den Wünschen in der rheinischen und westfälischen Provinz, wenngleich der intendierte Konnex zur Synodalverfassung mit Ernennung der Mitglieder aufgrund synodaler Vorschläge nicht umgesetzt war.³⁴ Ab 1850 hatte Preußen eine Verfassung, deren Artikel 15 der Kirche Selbstverwaltungsfreiheit gewährte.³⁵ 1850 wurden für

²⁹ Zitiert nach: Dresbach, Ewald: Pragmatische Kirchengeschichte der preußischen Provinzen Rheinland u. Westfalen, Meinerzhagen (Westf.) 1931, S. 711.

³⁰ Vgl. etwa Geck, Selbständigkeitsbewegung (wie Anm. 4), S. 114f., im Blick auf die Lippstädter Synode 1819, die diesen Plan mit ihrem Gutachten von Wilhelm Bäumer vorgelegt hat.

³¹ Dresbach, Kirchengeschichte (wie Anm. 29), S. 689.

³² Lüttgert, Gottlieb: Evangelisches Kirchenrecht in Rheinland und Westfalen, Gütersloh 1905, § 33 Die Bestrebungen bis 1860, S. 136.

³³ A.a.O., S. 137.

³⁴ Ebd.

³⁵ Preußische Verfassungsurkunde 1850, in: Gesetz-Sammlung für die königlichen Preußischen Staaten Nr. 3, S. 17-35, dort S. 19, Artikel 15: „Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, so wie jede andere Religionsgesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig und bleibt im Besitz und Genuß der für ihre Kultur-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.“

die östlichen Provinzen auch die „Grundzüge einer Gemeindeordnung“ – wie in der Landessynode 1846 angeregt – erlassen; damit war ein weiterer Schritt der Angleichung der geordneten Gemeindeorganisation mit Gemeindegemeinderäten in der preußischen Kirche getan und also der Weg zu einer „Landeskirche“ weiter geebnet.³⁶ In den Jahren 1861 bis 1864 folgte die Einrichtung von Kreissynoden und 1869 die von allgemeinen außerordentlichen Provinzialsynoden nach rheinisch-westfälischem Muster.³⁷ Das kirchliche Verfassungswerk wurde durch den Erlass der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 für die östlichen Provinzen abgeschlossen. Schließlich trat 1875 in Berlin eine außerordentliche Generalsynode zusammen und fand rheinische (aber nicht westfälische) Zustimmung, zumal beide Provinzen (rheinisch und westfälisch) bei übereinstimmendem Votum landeskirchliche Gesetze gemäß § 10 General-Synodal-Ordnung blockieren konnten.³⁸ Schließlich wurde die Generalsynodalordnung vom 20. Januar 1876 in Preußen erlassen und bildete bis zum Ende des landesherrlichen Kirchenregiments das „Grundgesetz“³⁹ der landeskirchlichen Verfassung.⁴⁰ Im Anschluss daran wurde mit Gesetz vom 3. Juni 1876 die Verwaltung und Leitung der evangelischen Landeskirche, „soweit solche bisher noch von den Staatsbehörden geübt war“, auf die kirchlichen Behörden übertragen.⁴¹ Die in der preußischen Verfassungsurkunde von 1850 intendierte Selbständigkeit der Kirche war damit einen großen Schritt weitergekommen.

3.2 Auszug in die Selbständigkeit

Mit dem Ende des landesherrlichen Kirchenregimentes begann die Phase der Selbständigkeit der bisherigen Staatskirchen als Landeskirchen in der Rechtsform Körperschaft des öffentlichen Rechts *sui generis*.⁴²

Schon beim Übergang vom landesherrlichen Kirchentum zur freien Kirche im demokratischen Gemeinwesen⁴³ gab es große und kleine Kir-

³⁶ Lüttgert, Kirchenrecht (wie Anm. 32), § 33 Die Bestrebungen bis 1860, S. 139.

³⁷ A.a.O., § 34 Die Zeit von 1869 bis 1876, S. 140.

³⁸ A.a.O., § 34 Die Zeit von 1869 bis 1876, S. 143.

³⁹ Lüttgert, Gottlieb: Verfassungsurkunde für die Evangelische Kirche der altpreußischen Union. Vom 29. Sept. 1922, für den Handgebrauch erläutert und mit den zugehörigen Gesetzen herausgegeben, Berlin 1925, Einführung S. 10.

⁴⁰ Lüttgert, Kirchenrecht (wie Anm. 32), § 34 Die Zeit von 1869 bis 1876, S. 145.

⁴¹ Ebd.

⁴² Vgl. nur: Danielsmeyer, Werner: Die Evangelische Kirche von Westfalen. Bekenntnisstand, Verfassung, Dienst an Wort und Sakrament, 2. veränderte Aufl., Bielefeld 1978, S. 165-178, der vor allem auch die binnenkirchliche Konfliktwelt aufruft.

⁴³ Vgl.: Hesse, Konrad: Freie Kirche im demokratischen Gemeinwesen. Zur Gegenwartslage des Verhältnisses von Staat und Kirche in der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 11 (1964/1965), S. 337-362.

chenkreise. Der Artikel 61 der Verfassungsurkunde (VU) von 1922⁴⁴ sprach vom „Kirchenkreis“, der zugleich einen Selbstverwaltungskörper (Kreissynodalverband) und einen Verwaltungsbezirk der Kirche bilde: „Gegenstand der Selbstverwaltung sind die Verwaltung des Vermögens und der Sondereinrichtungen des Kreissynodalverbandes sowie solche Aufgaben, die ihm von der Kirche übertragen oder überlassen werden“ (Art. 61 Abs. 2 VU 1922). „Die Organe des Kreissynodalverbandes sind die Kreissynode und der Kreissynodalvorstand, wobei der Kreissynodalvorstand zugleich Organ der allgemeinen kirchlichen Verwaltung“ sei (Art. 61 Abs. 3 VU 1922). Die verfassunggebende Kirchenversammlung 1921 hat „in einer EntschlieÙung zu Art. 61 die Provinzialsynoden angewiesen, möglichst bald nach Inkrafttreten der Verfassung zu prüfen, welche Änderungen der Kreisgrenzen sich zur Schaffung leistungsfähiger, den Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Verkehrsverhältnissen entsprechender Kirchenkreise empfehlen“. (Kirchliches Gesetz- und Ordnungsblatt Berlin, 1924, S. 130). Dabei ist auch an eine Angleichung an die Grenzen der politischen Kreise gedacht.“⁴⁵

Dieses funktionale Evaluations-Programm für Kirchenkreise kommt denjenigen bekannt vor, die den Reformprozess „Kirche mit Zukunft“ aus dem Jahr 2000 erinnern: Damals (vor nun ungefähr 18 Jahren) waren auch die Grenzen und die Leistungsfähigkeit von Kirchenkreisen angefragt worden. Das ist in unserer Zeit mehr oder weniger brüsk in synodalen Debatten zurückgewiesen worden,⁴⁶ obwohl vermutlich einige Synodale das damals zirka 80 Jahre alte Zitat aus dem Jahr 1921 kannten oder doch ahnten, dass die Idee, eine eigenständige Körperschaft müsse sich um ihr eigenes Überleben sorgen, nicht weltfremd, sondern eben überlebensnotwendig ist.

Der Übergang von der Staatskirche zu einer Nicht-mehr-Staatskirche ist nicht mit einem Schlag geschehen. Das Gesetz zur vorläufigen Ord-

⁴⁴ Lüttgert, Verfassungsurkunde (wie Anm. 39), Art. 61 VU 1922, S. 118f.: „(1) Jeder Kirchenkreis bildet einen Selbstverwaltungskörper (Kreissynodalverband) und zugleich einen Verwaltungsbezirk der Kirche. (2) Gegenstand der Selbstverwaltung sind die Verwaltung des Vermögens und der Sondereinrichtungen des Kreissynodalverbandes sowie solche Aufgaben, die ihm von der Kirche übertragen oder überlassen werden. (3) Die Organe des Kreissynodalverbandes sind die Kreissynode und der Kreissynodalvorstand. Der Kreissynodalvorstand ist zugleich Organ der allgemeinen kirchlichen Verwaltung.“

⁴⁵ A.a.O., zu Art. 61, S. 120.

⁴⁶ Eine Zurückweisung mit Geschichte: vgl. insoweit Kampmann, Einrichtung (wie Anm. 5), S. 40: „Doch Überlegungen, die kirchlichen Grenzen in der Zukunft an die veränderten staatlichen anzupassen, erteilte die Provinzialsynode gleich eine Absage und gab der zur Prüfung der Sache eingesetzten Kommission mit auf den Weg: ‚Daß eine Eintheilung nach landrätlichen Kreisen jetzt [nach Einführung der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung 1835] minder wichtig erscheint, da die kirchlichen Behörden durch die neue Kirchenordnung weniger mit den Herrn Landrätchen in Berührung kommen, als dies früherhin der Fall war“.

nung der Staatsgewalt in Preußen vom 20. März 1919 (Preußische Gesetzssammlung S. 53) übertrug die Rechte des Landesherrn drei evangelischen Staatsministern.⁴⁷ Der Evangelische Oberkirchenrat berief im Einverständnis mit dem Generalsynodalvorstand einen Vertrauensrat der evangelischen Landeskirchen, der unverbindliche Richtlinien für eine neue Kirchenverfassung aufstellte. Die außerordentliche Generalsynode von 1920 beschloss, eine besondere Kirchenversammlung zu berufen, um die Verfassung aufzustellen. Zuvor passte man die kirchlichen Normen den staatlichen insoweit an, dass man zum ersten Male eine Verhältniswahl durchführte, das Frauenwahlrecht eingeführt wurde und das Erfordernis wirtschaftlicher Selbständigkeit eines Gemeindeglieds nicht mehr als Voraussetzung für dessen passives und aktives Wahlrecht galt. Die so gewählte außerordentliche preußische Kirchenversammlung trat am 24. September 1921 in Berlin zusammen und übte die vormaligen Rechte des Landesherrn aus. Die Rechte gingen von den drei Ministern auf den neu gebildeten evangelischen Landeskirchenausschuss über, der aus dem Evangelischen Oberkirchenrat und dem Generalsynodalvorstand bestand. Damit war (dem 1919 formulierten) Art. 137 WRV entsprochen: „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes.“

„Es galt nicht, eine neue Kirche zu gründen, sondern die bestehende zu verfassen.“⁴⁸ Am 29. September 1922 wurde die Verfassungsurkunde (VU) mit 126 gegen 77 Stimmen nach vierwöchigen Verhandlungen beschlossen. Aus der staatlichen Sphäre waren eingeflossen: Verhältniswahl mit Listenwahl, nicht Personenwahl, Parteiwesen in der Kirche, Frauenwahlrecht, Fortfall wirtschaftlicher Selbständigkeit als Wahlrechtsvoraussetzung.⁴⁹ Aus kirchlicher Sphäre waren ebenfalls aktuelle Themen relevant: Stadt-Land, Religion und Menschentum, Bekenntnisgebundenheit, Auffassungen über kirchenbehördliche, pastorale und synodale Leitung der Gemeinden.⁵⁰ „Der eigentliche Verfassungsaufbau beginnt mit der Gemeinde, wodurch anerkannt wird, daß diese die äußere Grundlage der

⁴⁷ Art. 82 Verfassung des Freistaates Preußen vom 30. November 1920, in: Preußische Gesetzessammlung Jahrgang 1920, Nr. 54, S. 543–558, dort S. 558; vgl. auch: Dresbach, Kirchengeschichte (wie Anm. 29), S. 709: „Die Leitung wurde nun drei kirchenfremden Ministern übertragen, den Sozialdemokraten Heine und Südekum und dem Demokraten Oeser.“

⁴⁸ Lüttger, Verfassungsurkunde (wie Anm. 39), Einführung S. 12; vgl. in diesem Zusammenhang auch Danielsmeyer, Kirche (wie Anm. 42), S. 168: „Die [1918] geplanten Kreissynoden und die Provinzialsynode wurden als ‚freie‘ bezeichnet, weil man der Überzeugung war, daß rechtliche Grundlagen für sie nicht vorhanden seien. Die Entwicklung zeigte aber, daß die Kirche durch den Fortfall des landesherrlichen Kirchenregiments ihre Rechtsgrundlagen nicht verloren hatte. Somit hatte auch die Kirchenordnung ihre Rechtskraft behalten.“

⁴⁹ Lüttger, Verfassungsurkunde (wie Anm. 39), Einführung S. 14.

⁵⁰ Ebd.

Kirche ist, die sich von unten nach oben baut.“⁵¹ Grundgedanke der „Dezentralisation der Verwaltung, daher freiere Bewegung der Kirchenkreise und Kirchenprovinzen, ferner Mobilisierung der nichtgeistlichen Kräfte, keine Pastorenherrschaft, Angliederung der Inneren Mission an die amtlich verfaßte Kirche, Förderung des sozialen Wohls, insgesamt Heranziehung der mannigfaltigen Kräfte der Kirche zu verantwortungsvoller Mitarbeit.“⁵²

3.3 Entwicklung des Selbstverwaltungsrechts im freien Gemeinwesen

Das Staatskirchenrecht der Bundesrepublik Deutschland wandelt sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts zum Religionsverfassungsrecht.⁵³ Der Art. 140 GG bezieht weiterhin die Artikel der Weimarer Reichsverfassung ein (Art. 136-140 und 141 WRV), an deren Wortlaut ändert sich nichts – „aber wenn zwei Grundgesetze dasselbe sagen, so ist es nicht dasselbe“.⁵⁴ Das Bundesverfassungsgericht hat in steter Rechtsprechung die Religionsfreiheit geprägt mit grundlegenden Entscheidungen zur Grundrechtsinterpretation, zur Zuordnung⁵⁵ (Netzwerkorganisation Kirche mit der Körperschaft öffentlichen Rechts als festem Bezugspunkt), zum kirchlichen Arbeitsrecht (sogenannter „Dritter Weg“). Die Frage, wie die Körperschaftsverleihung praktisch gehandhabt wird, wandelt sich schrittweise (Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts: Zeugen Jehovas,⁵⁶ Ahmadiyya Muslim Gemeinschaft⁵⁷), in Nordrhein-Westfalen ist 2014 ein Körperschaftsstatusgesetz⁵⁸ erlassen worden, aufgrund dessen dem Hindu Shankarar Sri Kamadchi Ampal Tempel e.V. in Hamm ebenfalls der Körperschaftsstatus zuerkannt worden ist (Hinduistische Gemeinde in Deutschland).⁵⁹ Im Blick auf eine pluralere Religionslandschaft, die insbe-

⁵¹ Ebd.

⁵² A.a.O., S. 15.

⁵³ Vgl. früh und grundlegend: Hesse, Kirche (wie Anm. 43), S. 337-362.

⁵⁴ Smend, Staat (wie Anm. 25), S. 4, setzt fort: „Es ist nicht einmal das Paradoxeste an der gegenwärtigen staatskirchenrechtlichen Lage im Bereich der Bundesrepublik, daß das Grundgesetz über sie nicht im klaren ist.“

⁵⁵ Vgl. dazu: Glawatz [heute: Wellert], Anne-Ruth: Die Zuordnung privatrechtlich organisierter Diakonie zur evangelischen Kirche. Unter besonderer Berücksichtigung von unternehmerischen Umstrukturierungen in der Diakonie (Schriften zum Staatskirchenrecht 14), Frankfurt (Main) 2003.

⁵⁶ Antrag 2009, Obergerverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Entscheidung am 24. März 2005, zuletzt Nordrhein-Westfalen (NRW) am 27. Januar 2017.

⁵⁷ Hessen 2013, Hamburg 2014, NRW Antrag vom 19. Januar 2018: offen.

⁵⁸ Gesetz zur Regelung der Verleihung und des Entzugs der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in Nordrhein-Westfalen (Körperschaftsstatusgesetz) vom 16. September 2014, GV.NRW 2014, S. 604.

⁵⁹ Das Verwaltungsgericht Arnsberg hat das Land NRW am 14. Juni 2013 verpflichtet, dem Antrag von 2005 auf Verleihung des Körperschaftsstatus für den Hindu

sondere Islam,⁶⁰ zudem auch Hinduisten und eine Vielzahl kleinerer Religionsgesellschaften kennt, aber auch im Blick auf Weltanschauungsfreiheit, die beispielsweise vom Humanistischen Verband Deutschlands (HVD) offensiv genutzt wird, verändert sich die tatsächliche Lage. Die statistisch erhebbare Verteilung von Zugehörigkeiten weist einen schwindenden Einfluss der einstmals beherrschenden christlichen Kirchen (römisch-katholischen Bistümer und evangelischen Landeskirchen) aus.

Am 11. September 2018 urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH)⁶¹ abweichend von der bisherigen Linie des Bundesverfassungsgerichts, aber konsistent mit seiner jüngsten Rechtsprechung⁶² in einem Kündigungsfall der römisch-katholischen Kirche und drängte die in ständiger Rechtsprechung etablierte prinzipielle Freiheit der Religionsgesellschaften zugunsten einer richterlich überprüfbaren, eigenständig zu bewertenden Plausibilität zurück und erhöhte damit die kirchliche Begründungslast für die „Diskriminiererlaubnis“. Heute scheint es fast schon plausibel zu sein, dass die Frage, ob jemand Mitglied der Kirche sei, keine Einstellungs voraussetzung für kirchliche Mitwirkung sein müsse – mit reglementierten Ausnahmen für ordinierte Arbeitskräfte. Das ist eine epochale Umkehrung des Freiheitsverständnisses.

Der Blickwinkel des EuGH transportiert nicht selbstverständlich die staatsähnliche Organisationspersönlichkeit der Kirche⁶³ und verlangt eine größere richterliche Überprüfbarkeit des kirchlichen Organisationshandelns,⁶⁴ stellt höhere Anforderung an die kirchliche Darstellungslast⁶⁵ und wendet eigenständig wertend den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz an.⁶⁶ Alle drei Schritte wären in der Linie des Bundesverfassungsgerichts am Maßstab des Grundgesetzes als Eingriff in die Religionsfreiheit gewertet worden.⁶⁷

Shankarar Sri Kamadchi Ampal Tempel e.V. zu entsprechen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat dem Antrag mit der Verordnung zur Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an den Sri Kamadchi Ampal Tempel e.V. (Europa) mit Sitz in Hamm-Uentrop vom 14. Februar 2017, in Kraft getreten am 1. März 2017 (GV.NRW 2017, S. 287), aufgrund des § 2 Abs. 1 S. 1 des Körperschaftstatusgesetzes vom 16. September 2014 (GV.NRW 2014, S. 604), entsprochen.

⁶⁰ Vgl. Conring, Hans-Tjabert: Der Islam und das Menschenrecht der Religionsfreiheit, in: KuR 1 (1996), S. 1-9.

⁶¹ EuGH-Urteil vom 11. September 2018, Az. C 68/17.

⁶² EuGH-Urteil vom 17. April 2018, „Egenberger“, Az. C 414/16.

⁶³ Vgl. dazu bereits Hesse, Kirche (wie Anm. 43), S. 346-354, mit dem Spitzensatz (a.a.O., S. 350): „Von diesen Aspekten aus erscheint ein Verständnis des heutigen Verhältnisses von Staat und Kirche geboten, das als das einer freien Kirche im demokratischen Gemeinwesen bezeichnet werden kann.“

⁶⁴ EuGH-Urteil vom 11. September 2018, C 68/17, Randnummer 52.

⁶⁵ A.a.O., Randnummer 53.

⁶⁶ A.a.O., Randnummer 54.

⁶⁷ Es darf deshalb mit Spannung die Begründung zum Urteil vom 25. Oktober 2018 des Bundesarbeitsgerichtes – 8 AZR 501/14 – erwartet werden.

4. Kontinuierlicher Wandel der Kirchenorganisation

„Die in der Reformationszeit geschaffenen Konsistorien waren zwar im Namen des Landesherrn tätig, aber sie standen diesen doch freier gegenüber als die politischen Verwaltungsbehörden. Sie hatten ihre Richtschnur im Worte Gottes und den Bekenntnissen der Kirche; hierauf konnten sie sich landesherrlichen Weisungen gegenüber, die diesen Grundsatzungen widersprachen, berufen. [...] Zwar waren sie nicht Diener der Kirche als eines Verbandes von Menschen, aber in dem Sinne, daß die Kirche als göttliche Stiftung und die Konsistorien als mit ihrer Pflege betraut angesehen wurden. Im 18. Jahrhundert freilich nahmen Sie, zumal in [S. 841] Preußen, die Eigenschaft von Staatsbehörden an und verschwanden dort zu Beginn des 19. Jahrhunderts vorübergehend ganz [...]. Heute sind sie wieder in ihrer kirchlichen Eigenschaft anerkannt, wenn auch nicht mehr auf Grund der reformatorischen Anschauung vom christlichen Staat, sondern in dem Sinne, daß die Kirche als Korporation das Recht besitze, sich selbst zu regieren, daher eigene Behörden zu haben. Der Ausdruck ‚landesherrlich‘ oder ‚königliches Konsistorium‘ bedeutet nicht staatlich und ist kein Gegensatz zu kirchlich.“⁶⁸

Zur Kirchenorganisation gehört auch die Finanzierung. Diese war nach dem Ende des landesherrlichen Kirchenregiments zunächst höchst unsicher.⁶⁹

4.1 Aufgabenveränderung

Aufgabenverlagerungen⁷⁰ von gemeindlicher Ebene auf die kreiskirchliche Ebene führen zu einer umfänglichen Vergrößerung der eigenständigen

⁶⁸ Lüttgert, Kirchenrecht (wie Anm. 32), § 182, S. 840f.

⁶⁹ Darauf weist hin: Scholder, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1., Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt (Main)/Berlin 1986, S. 6: „Von der wirtschaftlichen Krise, die man in der Kirche befürchtete, wurde wenig gesprochen. Umso mehr war sie überall mit gegenwärtig. [...] Tatsächlich bestand in allen Landeskirchen eine mehr oder weniger große finanzielle Abhängigkeit vom Staat, der erhebliche Zuschüsse namentlich für die Pfarrbesoldung und -versorgung leistet. So betrug 1918 dieser Zuschuß in Preußen rund 28 Millionen Mark; das waren zwar nur 0,22 % der Staatsausgaben, aber mehr als die Hälfte des kirchlichen Haushalts.“

⁷⁰ Vgl. mit Blick auf die Hannoversche Kirche: Schindehütte, Martin: Überlegungen zur Profilierung des Amtes des Superintendenten/der Superintendentin, in: Weymann, Volker/Hahn, Udo (Hgg.): Die Superintendentur ist anders. Strukturwandel und Profil des ephoralen Amtes, Hannover 2005, S. 113-125, dort S. 114. II. Strukturelle Veränderungen: „Die Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte [...] hat zu einer sehr weitgehenden Ausweitung und Ausdifferenzierung der kirchlichen Arbeit in den Gemeinden, besonders aber auch auf der Ebene des Kirchenkreises geführt. Viele gemeindliche Aufgaben, etwa die Jugendarbeit, die Bildungsarbeit und die diakonische Arbeit sind ohne Koordinierung, Kooperation und Durchführung auf der Ebene des Kirchenkreises nicht mehr möglich.“

gen fachlichen Verantwortung des Kirchenkreises, damit auch seiner Leitungsorgane und damit auch deren Vorsitzenden, der Superintendentin.

„Den Kirchenkreisen sind in den letzten Jahren mit weitreichender Budget- und Personalplanungsverantwortung zu Recht und völlig sachgemäß zusätzliche Aufgaben mit großem Konfliktpotential zugewachsen, die allen für die Leitung eines Kirchenkreises Verantwortlichen ein erhöhtes Maß von Bereitschaft zur Übernahme und tatsächlichen Ausübung von Leitungsverantwortung und zu Austragung von Konflikten abfordern. Die ökonomische Krise der Kirche und der diakonischen Einrichtungen erfordert erhebliche weitere Leitungs- und Gestaltungsaufgaben.“⁷¹

Das Aufgabenspektrum im Superintendentenamte verschiebt sich vom kommunikativen zum disponierenden Handeln,⁷² weil „in erheblichem Maße ‚Aufgaben der administrativen Führung‘ mit weitreichender konzeptioneller, wirtschaftlicher und (arbeits-)rechtlicher Verantwortung in unselbstständigen Einrichtungen[,] aber rechtlich selbstständigen Unternehmen getreten“⁷³ sind.

4.2 Doppelrollen

Ein sehr häufig diskutiertes Thema ist das der Doppelrolle des Superintendentenamtes. Es lassen sich unterschiedliche Doppelrollen finden, und nicht alle sind nur dem mittleren Ephoralamt eigen.

4.2.1 Organisationale Doppelrollen

Ein Blick in die Kirchenordnung zeigt, dass neben dem unmittelbaren Auftrag der Superintendentin im Kirchenkreis eine zweite Auftragsebene der Landeskirche angesprochen ist. Dies kann bereits als Doppel-Rolle bezeichnet werden.⁷⁴

⁷¹ Schindehütte, Überlegungen (wie Anm. 70), S. 114f.

⁷² Preul, Reiner: Kirchentheorie. Wesen, Gestalt und Funktionen der evangelischen Kirche, Berlin [u.a.] 1997, S. 6: „Die Klasse kirchlichen Handelns, eines *disponierenden* Handelns im Unterschied zum *kommunikativen* Handeln, ist Gegenstand der Kybernetik.“ In Fußnote 20 weist Preul auf Präzisionsarbeiten zum derzeit unklaren Begriff der Kybernetik hin; vgl. weiter: Munsonius, Hendrik: Evangelisches Kirchenrecht, Tübingen 2015, S. 50; daran anknüpfend mit dem weiteren Vorschlag, zwischen Konstitutiva, Vitalia und disponierendem Handeln zu unterscheiden.

⁷³ Schindehütte, Überlegungen (wie Anm. 70), S. 115.

⁷⁴ Vgl. Wall, Heinrich de/Muckel, Stefan: Kirchenrecht. Ein Studienbuch, 5. Aufl., München 2017, § 42 Die kirchliche Mittelstufe (S. 371-375), dort S. 375 Randnummer 8: „Die Doppelfunktion der kirchlichen Mittelstufe wird (meist) an der Person

4.2.1.1 Teil des Ganzen:
Kirchenkreis, Kirchengemeinde und Landeskirche

Die westfälischen Superintendenten „leiten die Kirchenkreise in gemeinsamer Verantwortung mit den übrigen Mitgliedern der Kreissynodalvorstände“ (Art. 112 Abs. 1 KO EKvW),⁷⁵ und sie „versehen ihr Amt zugleich im Auftrag der Landeskirche [...], berichten der Kirchenleitung und dem Landeskirchenamt über wichtige Vorgänge im Kirchenkreis und sorgen für die Ausführung ihrer Anordnungen.“ (Art. 112 Abs. 2 Sätze 1 und 2 KO)⁷⁶ Außerdem sind sie in der offiziellen Kommunikation (Schriftverkehr) die Stelle, die alles sieht (sogenannter Dienstweg, Art. 112 Abs. 2 Satz 3 KO)⁷⁷ und die damit (theoretisch) den Überblick haben kann.

Die Organisationsrolle des Superintendentenamtes ist also nicht isoliert gedacht, sondern im Zusammenhang der Landeskirche konstruiert. Das entspricht einer Rollenperspektive, die auch bei Pfarrerrinnen und Pfarrern (vgl. Art. 21 Abs. 2 KO),⁷⁸ aber auch bei den Leitungsorganen Presbyterium,⁷⁹ Kreissynodalvorstand⁸⁰ und Kreissynode⁸¹ anzutreffen ist.

des leitenden Pfarrers besonders deutlich. Dieser hat neben seiner Funktion als Organ der Körperschaft ‚Kirchenkreis‘ auch landeskirchliche Aufgaben in seinem Amtsbezirk auszuüben (s. zum Beispiel Art. 74 Abs. 2, 3 Verf Lippe). Daraus erklärt sich die besondere Bedeutung, aber auch die besondere Schwierigkeit seines Amtes als leitender Pfarrer des Kirchenkreises und als Vollzugsorgan für die (landes)kirchliche Verwaltung.“

⁷⁵ Art. 112 Abs. 1 KO EKvW: „(1) 1Superintendentinnen und Superintendenten leiten die Kirchenkreise in gemeinsamer Verantwortung mit den übrigen Mitgliedern der Kreissynodalvorstände. 2Sie tragen die Verantwortung für die Durchführung der Beschlüsse der Kreissynoden und der Kreissynodalvorstände. 3Sie vertreten die Kirchenkreise in der Öffentlichkeit.“

⁷⁶ Art. 112 Abs. 2 Satz 1 und 2 KO EKvW: „(2) 1Superintendentinnen und Superintendenten versehen ihr Amt zugleich im Auftrag der Landeskirche. 2Sie berichten der Kirchenleitung und dem Landeskirchenamt über wichtige Vorgänge im Kirchenkreis und sorgen für die Ausführung ihrer Anordnungen.“

⁷⁷ Art. 112 Abs. 2 Satz 3 KO EKvW: „3Der gesamte Schriftverkehr zwischen den Kirchengemeinden sowie den kirchlichen Amtsträgerinnen und Amtsträgern und der Kirchenleitung und dem Landeskirchenamt geht durch ihre Hand und wird mit ihrer Stellungnahme versehen, falls die Sache es erfordert.“

⁷⁸ Art. 21 Abs. 2 KO EKvW: „(2) 1Unbeschadet der Dienstpflicht gegenüber der Kirchengemeinde sind die Pfarrerrinnen und Pfarrer der gesamten Kirche zum Dienst verpflichtet. 2Aufgaben, die über den Bereich der Kirchengemeinde hinausgehen, können ihnen durch die Leitungsorgane des Kirchenkreises und der Landeskirche übertragen werden. 3Pfarrerrinnen und Pfarrer sind verpflichtet, an den Pfarrkonventen des Kirchenkreises teilzunehmen.“

⁷⁹ Vgl. beispielsweise Art. 55 Abs. 2 KO EKvW: „(2) Das Presbyterium wirkt durch die Entsendung von Abgeordneten in die Kreissynode an der Leitung der Kirche mit.“

⁸⁰ Vgl. beispielsweise für den Kirchenkreis Art. 85 Abs. 3 KO EKvW (Hervorhebungen vom Vf.): „(3) 1Der Kirchenkreis erfüllt die Aufgaben, die in seinem Bereich überörtliche Bedeutung haben oder die ihm durch die kirchliche Ordnung übertragen sind. 2Er nimmt Aufgaben im Auftrag der Evangelischen Kirche von Westfalen wahr. 3Er wirkt bei der Aufsicht über die Kirchengemeinden mit.“ Auf den Kreissynodalvor-

Die hier zu unterscheidenden Kategorien heißen Kirchenkreis als Organisationskreis und die westfälische Kirche als Gesamtorganisation.

Angesichts einer gelegentlich diffusen Kirchenorganisationswelt lässt sich ergänzend unterscheiden, ob das mittlere Ephoralamt ein Netzwerk oder eine konkret verantwortete, legal geformte Organisationseinheit führt. Auch dies kann als organisationale Doppelrolle beschrieben werden.

4.2.1.2 Pfarrstelle und Superintendentenamt

Eine zweite Doppelrolle entsteht organisational bei der nebenamtlichen Superintendentin, die zum einen eine örtliche oder eine überörtliche Pfarrstelle (Gemeindepfarrstelle oder Kreispfarrstelle) bekleidet und zum anderen die Leitungsrolle im Superintendentenamt auszufüllen hat.⁸²

stand weist mit Bezug auf Art. 106 Abs. 4 KO EKvW auch hin: Winterhoff, Klaus: Dazwischen – der Kirchenkreis im Verfassungsaufbau der Ev. Kirche von Westfalen seit 1953, in: Geck, Helmut (Hg.): Der Kirchenkreis in der presbyterial-synodalen Ordnung (Recklinghäuser Forum zur Geschichte von Kirchenkreisen 3), Münster 2008, S. 48-62, dort S. 51: „Eine gewisse Doppelstellung, wenngleich weniger deutlich als bei der Superintendentin oder dem Superintendenten, findet sich auch beim Kreissynodalvorstand. Zum einen leitet er im Auftrag der Kreissynode den Kirchenkreis, woraus spezielle Leitungsaufgaben folgen (vgl. Art. 106 Abs. 2 und 3 KO [EKvW]), zum anderen wirkt er mit bei einzelnen, vornehmlich gesamt-kirchlich bestimmten Aufgaben der Superintendentin oder des Superintendenten (vgl. Art. 106 Abs. 4 [KO EKvW]).“

⁸¹ Art. 87 Abs 1 KO EKvW (Hervorhebungen vom Vf.): „(1) Die Kreissynode ist berufen, über dem kirchlichen Leben in ihrem Bereich zu wachen und es zu fördern, den Kirchengemeinden Anregung und Hilfe zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu geben, gemeinsame Arbeiten der Kirchengemeinden in Angriff zu nehmen und an der Leitung der Evangelischen Kirche von Westfalen mitzuwirken.“

⁸² Vgl. Kirchengesetz über die Rechtsverhältnisse des Superintendenten in der Evangelischen Kirche von Westfalen (Superintendentengesetz). Vom 18. Oktober 1974 (KABl. 1974 S. 211) in der Fassung der Gesetzesvertretende[n] Verordnung zur Anpassung von Vorschriften an das Pfarrdienstgesetz der EKD, 5. April 2017 KABl. 2017, S. 54, 189: „§ 1 (1) Der Superintendent nimmt sein Amt als Inhaber einer Gemeindepfarrstelle, einer Kreispfarrstelle oder der für den Superintendenten errichteten Pfarrstelle des Kirchenkreises wahr.“

(2) ¹Auf Antrag der Kreissynode kann durch Beschluss der Kirchenleitung die für den Superintendenten bestimmte Pfarrstelle des Kirchenkreises errichtet werden. ²In diesem Falle scheidet der Superintendent mit der Einführung in sein Amt aus seiner bisherigen Pfarrstelle aus. ³Die Bestimmungen des Kirchengesetzes über die kreiskirchlichen Pfarrstellen in der Evangelischen Kirche von Westfalen vom 28. Oktober 1966 (KABl. S. 158) finden keine Anwendung.

(3) Auf Antrag der Kreissynode kann durch Beschluss der Kirchenleitung bestimmt werden, dass der Superintendent während seiner Amtszeit als Superintendent Inhaber einer Gemeindepfarrstelle oder einer Kreispfarrstelle bleibt.“

4.2.1.3 Staat-Kirche-Doppelrolle

Eine weitere Unterscheidung betrifft jene von Staat und Kirche, die in der 200jährigen Geschichte des Superintendentenamtes eine prägende Rolle (Viktor Bredt spricht noch von „auszeichnender Besonderheit“)⁸³ spielt. Historisch trafen den Superintendenten Rollen des Staates und der Kirche;⁸⁴ beide spiegeln sich in den Aufsichtsfeldern „ius circa sacra“ und „ius in sacra“. Die Nähe und wechselseitige Bezogenheit von Staat und Kirche ergab sich schlicht aus der Tatsache des landesherrlichen Kirchenregiments. So konnte Lüttgert 1905 wie folgt formulieren: „Rechtlich allerdings bleibt es bis heute ein Streitfrage, ob die Träger dieses Amtes [Superintendentenamts] in den Westprovinzen Selbstverwaltungsstelle oder Beamte der landesherrlichen Kirchenregierung sind⁸⁵, und dem entspricht es, daß ihrer Stellung in der Synode eine gewisse Unklarheit an-

⁸³ Bredt, Joh[ann] Viktor, Neues evangelisches Kirchenrecht für Preußen, 1. Band, Berlin 1921, S. 407: „Das Konsistorium ist nur ein Organ des Kirchenregimentes; die Gemeindevertretung und der Gemeindeglieder sind lediglich Organe der kirchlichen Selbstverwaltung; der Superintendent ist Organ von beiden, jedoch ist die Konstitution verschieden. In den östlichen Provinzen ist die Stellung des Superintendenten der des Landrates analog; er ist ein von der Regierung bestellter Beamter, der aber mit den Geschäften der Selbstverwaltung betraut ist. In Rheinland und Westfalen ist er zu vergleichen mit dem Oberbürgermeister in Stadtkreisen, welcher von der Selbstverwaltung gewählt wird, aber zugleich mit Geschäften der Staatsverwaltung betraut ist. Dieser Unterschied ist nicht nur theoretischer Art, sondern auch praktisch wahrnehmbar; der Schwerpunkt verteilt sich entsprechend verschieden. Zum äußeren Ausdruck kommt diese Tatsache darin, daß die kirchenregimentlichen Funktionen des Superintendenten im Osten heute noch beruhen auf den alten Gesetzen und Verordnungen (ALR II, 11, § 150-155), in der Kirchengemeinde- und Synodalordnung aber gar nicht erwähnt werden, während sie in der Rheinisch-Westfälischen Kirchenordnung für den Westen überhaupt begründet sind (KO § 38).“

⁸⁴ Vgl. die Darstellung der kirchenregimentlichen (staatlichen) und der selbstverwaltenden (kirchlichen) Funktionen bei Bredt, a.a.O., S. 407-409.

⁸⁵ Lüttgert, Kirchenrecht (wie Anm. 32), § 174, S. 815, Fußnote 2, führt aus, dass nach Otto Mejer (Das Rechtsleben der deutschen evangelischen Landeskirchen. Umriss zur Orientierung für Geistliche und Gemeindeglieder, Hannover 1889, S. 56) „d[ie] rhein[isch]-westf[älischen] Sup[erintendenten], weil sie gewählt werden, für nicht landesherrliche, sondern genossenschaftliche Beamte gehalten werden“, während Emil Friedberg (Das geltende Verfassungsrecht der evangelischen Landeskirchen in Deutschland und Österreich, Leipzig 1888, S. 198.210; Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrecht, 5. vermehrte und verbesserte Aufl., Leipzig 1903, S. 217) sie als „mittelbare Kirchenregimentsbeamte“ bezeichne, und zwar im Gegensatz zu den östlichen Superintendenten, die unmittelbare landesherrliche Kirchenbeamte seien, während Schön die Ansicht vertritt, „daß die Superintendenten sowohl unmittelbare Kirchenbeamte als Selbstverwaltungsbeamte seien“. Lüttgert selbst schließt sich einem Gerichtsurteil des Preußischen Oberverwaltungsgerichtes vom 27. September 1890 an, demzufolge es nicht auf Wahl durch Synode oder Ernennung durch den König ankomme.

haftet.⁸⁶ Der Superintendent bekleidet keine Pfarrstelle, er ist ehrenamtlicher⁸⁷ Kirchenbeamter.⁸⁸

4.2.2 Personale Doppelrollen

4.2.2.1 Vorgesetztenfunktion und Seelsorge

Die Doppelrolle „Seelsorgerin und Vorgesetzte“ entsteht in der heute sichtbaren personalen Form erst mit dem Zuwachsen der persönlichen Seelsorge als wesentliche Aufgabe im Superintendentenamt nach dem Zweiten Weltkrieg und als Frucht des Kirchenkampfes. Die Seelsorge als eigenständige personale Aufgabe ist dem Superintendentenamt erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Erfahrung des sogenannten „Vertrauensmannes“ im Kirchenkampf der Bekennenden Kirche zugewachsen.⁸⁹ Der „dienende Vertrauensmann *der Synode*“⁹⁰ hatte allerdings eine organisationale Rolle, also eine eher qua Ordination zugewiesene ekklesiologische Funktion der Sorge um die „Seele der Kirchen-Organisationspersönlichkeit“. Gemeindepfarrer, die sich vor amtliche Entscheidungsfragen mit persönlichem Gewissensermessen gestellt sehen,⁹¹ können bei der Su-

⁸⁶ Lüttgert, Kirchenrecht (wie Anm. 32), § 174, S. 815.

⁸⁷ A.a.O., § 176, S. 819.

⁸⁸ A.a.O., § 174, S. 816.

⁸⁹ Schmiedeke Richard: Unter eigener Leitung und Ordnung. Die Kirchenordnung der Ev. Kirche im Rheinland, systemtheoretisch untersucht, Neukirchen-Vluyn 2009, 9. Kapitel: Das Superintendentenamt – Schaltstelle im Dienstweg, S. 162-183, dort S. 178: „In der Kirchenordnung von 1923 war von Seelsorge im Zusammenhang mit dem Superintendentenamt nicht die Rede.“ A.a.O., S. 178f.: „Während des Kirchenkampfes gab es in der Bekennenden Kirche den sogenannten ‚Vertrauensmann‘, einen Pfarrer, der in besonderer Weise das Seelsorge- und Trostamt an Mitpfarrern und Gemeinden, besonders vakanten Gemeinden, wahrnahm. In diesem Vertrauensmann sahen manche das Bild des Superintendenten am reinsten verkörpert.“ Vgl. auch: Streiter, Axel: Das Superintendentenamt – Ursprung, geschichtliche Entwicklung und heutige Rechtsgestalt des mittleren Ephoralamtes in den deutschen evangelischen Landeskirchen, Köln 1973, S. 265, weist daraufhin, dass die vormalige Formulierung in Art. 77 VU 1922 „Der Superintendent hat die Pflicht, [...] die Pfarrer amtsbrüderlich zu beraten“, vor allem kirchenpolitisch zu verstehen gewesen sei.

⁹⁰ So die Bezeichnung bei Lüttgert, Verfassungsurkunde (wie Anm. 39), S. 141: „[...] in Rheinland und Westfalen [...] auf Grund der freien Wahl durch die Kreissynode die Superintendenten in erster Linie ‚als dienende Vertrauensmänner der Synode‘ und erst in zweiter Linie als Verwaltungs- und Aufsichtsbeamte der Kirchenregierung [...]“. Hervorhebung im Fließtext vom Vf.

⁹¹ Bis heute typische Ermessensentscheidungen von Gemeindepfarrerinnen und -pfarrern, die durch die Superintendentin im Beschwerdefall endgültig entschieden werden: Art. 182 (Taufzurückstellung), Art. 198 Abs. 2 (Konfirmationszurückstellung), Art. 199 Abs. 2 (Ablehnung der Konfirmation), Art. 206 Abs. 2, Art. 207 Abs. 2, und Art. 208 Abs. 3 (Versagung der Trauung), Art. 217 Abs. 1 Versagung der kirchlichen Bestattung).

perintendentin Rat und Hilfe suchen. Zuvor war dies eine Aufgabe des Generalsuperintendenten.⁹² Der Superintendent hatte nach Art. 77 VU 1922 die Pflicht, „das kirchliche Leben des Kirchenkreises zu fördern, als Beauftragter der Kirche die kirchliche Aufsicht auszuüben und die Pfarrer amtsbrüderlich zu beraten.“ Die „amtsbrüderliche Beratung“ hat erhebliche organisationale Anteile und ist nicht mit der personalen Seelsorge zu verwechseln, die eine individuelle Intimzone einer Beratung mit professionell ausgebautem Schutzraum zugänglich macht. Dies ist Thema des Gleichlaufs staatlichen und kirchlichen Schutzes des personalen Seelsorgegeheimnisses.⁹³

Lüttgert weist ausdrücklich darauf hin, dass zum einen die RWKO 1923 mit ihrem Art. 51 den Abs. 1 des Art. 77 VU 1922 nicht übernommen hat und auf eine solche allgemeine Kennzeichnung des Amtes bewusst verzichtet habe,⁹⁴ und zum anderen „in Rheinland und Westfalen [...] auf Grund der freien Wahl durch die Kreissynode die Superintendenten in erster Linie ‚als dienende Vertrauensmänner der Synode‘ und erst in zweiter Linie als Verwaltungs- und Aufsichtsbeamte der Kirchenregierung“⁹⁵ gelten.⁹⁶

Die westfälischen Superintendenten haben seelsorgende und beratende Funktion.

Art. 113 Abs. 1 KO EKvW formuliert:

„(1) 1Superintendentinnen und Superintendenten sind *Seelsorgerinnen und Seelsorger, Beraterinnen und Berater* der Pfarrerinnen und Pfarrer, Predigerinnen und Prediger, Pfarrerinnen und Pfarrer im Probendienst (Entsendungsdienst), Vikarinnen und Vikare im Kirchenkreis. 2Sie sollen sie *er-*

⁹² Bredt, Kirchenrecht 1 (wie Anm. 83), S. 389 mit Fußnote 3: „Die Generalsuperintendenten sind nicht etwa katholische Bischöfe [...]. Sie stehen vielmehr zu den einzelnen Kirchenmitgliedern in überhaupt keiner unmittelbaren Beziehung, haben vielmehr die Aufsicht und die seelsorgerische Beratung der Pfarrer.“

⁹³ Staatlicherseits wird dies durch konkrete prozessuale Zeugnisverweigerungsrechte gewährleistet; vgl. Seelsorgeheimnisgesetz EKD und die dazu in Westfalen erlassene Ausführungsverordnung zum Kirchengesetz zum Schutz des Seelsorgeheimnisses; s. Seelsorgeheimnisgesetz-Ausführungsverordnung – AVO-SeelGG) vom 12. Juni 2014 (KABl. 2014, S. 90); vgl. grundsätzlich dazu Art. 188 und 189 KO EKvW.

⁹⁴ Lüttgert, Verfassungsurkunde (wie Anm. 39), S. 142.

⁹⁵ A.a.O., S. 141.

⁹⁶ Vgl. Danielsmeyer, Kirche (wie Anm. 42), S. 299: „In der Kirchenordnung 1835 gelang es, das Amt [des Superintendenten] nach seinem synodalen Verständnis in der ganzen Provinz einzuführen. Nach diesem Verständnis ist der Superintendent Vertrauensmann des Kirchenkreises und der Kirche. Beides ist er geblieben, in gewisser Weise ist er es erst mit der neuen Kirchenordnung [1953] geworden; denn 1835 war nicht geklärt, was kirchenrechtlich unter der Kreissynode verstanden werden sollte, da Staat und Kirche durch Behörden und Synoden an der Leitung der Kirche beteiligt waren.“

mahnen und ihnen *helfen*, ihr Leben unter dem Wort Gottes zu führen und an ihrer theologischen Fortbildung ständig weiterzuarbeiten.“⁹⁷

Eine entsprechende Formulierung findet sich in den Normen vor 1945 noch nicht. Die Unterscheidung von Beratung und Seelsorge ist hier im Sinne der persönlich-intimen Seelenöffnung des individuellen Menschen (Seelsorge) und der persönlichen Amtsführung des ordinierten Dieners an Wort und Sakrament zu verstehen.

Die Rolle der Seelsorgerin kann mit der regierenden Rolle in Spannung treten. Solche Spannungsverhältnisse treffen zwar grundsätzlich alle Vorgesetzten. Sie werden durch die auch rechtlich ausgeformte Kontur des Seelsorgegeheimnisses (bis zum Beichtgeheimnis) allerdings intrapersonal zugespitzt. Eine völlige Auflösung dieser Spannung wird nicht gelingen; im konkreten Fall obliegt es hier der Amtsträgerin, durch geschicktes und glückliches Handeln professionelle Klarheit zu erzeugen.

4.2.2.2 Pluralität der Führungsrollen

Die Führungsrolle des mittleren Ephoralamtes hat weiterhin ganz unterschiedliche Fokuspunkte. Politiker, Geschäftsführer und Geistliche Leitung – gerne auch in umgekehrter Reihenfolge.

4.2.3 Doppelrollen unterscheiden

Wenn wir heute diese unterschiedlichen kategorialen Unterscheidungen nicht klar trennen, kann es leicht zu schwer aufklärbaren Verwirrungen kommen. Dieses Problem spießt Christian Grethlein auf, wenn er von „Zombi-Kategorien“⁹⁸ spricht.⁹⁹ Ein Beispiel findet sich bei Richard Schmiedeke,¹⁰⁰ der 2009 in seiner vor allem im Rheinland beachteten Wuppertaler Dissertation unter der Überschrift „Das Superintendentenamtsamt in der Kirchenordnung 1952: Ende der Doppelfunktion?“ die Formu-

⁹⁷ Hervorhebungen vom Vf.

⁹⁸ Beck, Ulrich/Willms, Johannes: Freiheit oder Kapitalismus. Frankfurt (Main) 2000, S. 16 (zitiert nach https://de.wikipedia.org/wiki/Ulrich_Beck#cite_note-61 [Stand: 17. Juni 2016]): „Die Soziologie, die im Container des Nationalstaats angesiedelt ist, und ihr Selbstverständnis, ihre Wahrnehmungsformen, ihre Begriffe in diesem Horizont entwickelt hat, gerät methodisch unter den Verdacht, mit Zombie-Kategorien zu arbeiten. Zombie-Kategorien sind lebend-tote Kategorien, die in unseren Köpfen herumspuken, und unser Sehen auf Realitäten einstellen, die immer mehr verschwinden.“

⁹⁹ Vgl. Conring, Normen (wie Anm. 10), S. 396.

¹⁰⁰ Schmiedeke, Leitung (wie Anm. 89), 9. Kapitel: Das Superintendentenamtsamt – Schaltstelle im Dienstweg, S. 162-183, dort S. 173.

lierungen der rheinischen Kirchenordnung von 1952 mit jener der RWKO von 1923 vergleicht. Hier werden die Fragen der „Doppelstellung“ im Sinne einer staatlich-kirchlichen-Rollenpluralität mit der Frage der Doppelstellung im Sinne des unmittelbar eigenen Zuständigkeitsbereichs (Kirchenkreis) und des beauftragten größeren Zuständigkeitsbereiches (Gesamtkirche) nicht scharf auseinandergelassen.¹⁰¹ Der von Schmiedeke zitierte Herbert Frost¹⁰² hat gesagt:

„Im Blick auf die heutige Ordnung erscheint es zumindest für die E[van-gelische] K[irche] im Rheinland nicht mehr vertretbar, daß es sich beim Superintendenten auch um ein ‚Organ der Gesamtkirche‘ handelt: soweit er landeskirchliche Aufgaben wahrnimmt, tut er dies als Organ des Kirchenkreises [und somit innerhalb der Funktionenverteilung dieser vornehmlich synodal organisierten Körperschaft].“¹⁰³

Das „Organ der Gesamtkirche“ bezieht sich technisch auf die Zeit des landesherrlichen Kirchenregimentes, als dem Superintendenten auch juristisch eine staatliche Organstellung – eben der Gesamtkirche – zugeordnet war. Schmiedeke kommt freilich völlig zutreffend mit seiner systemischen

¹⁰¹ Ebd.: „Hat sich mit der Kirchenordnung von 1952 an dieser Situation etwas geändert? Der Kirchenrechtler Frost bejaht diese Frage. Er vergleicht die Bestimmung von 1952: ‚Der Superintendent sorgt für die Ausführung der Anordnungen der Kirchenleitung im Kirchenkreis [...]‘ (Artikel 162 Abs. 4 KiO 1952) mit dem entsprechenden Satz aus dem Jahre 1923: ‚Der Superintendent hat [...] die Verordnungen der Behörden auszuführen.‘ (§ 51 Abs. 7 KiO 1923) Die unterschiedliche Formulierung dieser beiden Sätze zeige, so Frost, dass der Superintendent laut Kirchenordnung 1923 Organ des Kirchenkreises *und* Organ des Konsistoriums war. Die Bestimmung der Kirchenordnung 1952 hingegen mache deutlich, dass die Anordnungen der Kirchenleitung an den gesamten Kirchenkreis als Adressat gehen. Erst innerhalb des Kirchenkreises sei dann der Superintendent als Organ des Kirchenkreises verantwortlich für die Ausführung. Seit 1952 gebe es also keine doppelte Organstellung des Superintendenten mehr. Die Kirchenordnung 1952 habe sein Amt aus der Abhängigkeit vom Konsistorium herausgelöst, um dem Superintendenten mehr Freiraum für Seelsorge, amtsbrüderlichen Rat, geistliche Aufsicht und Ermahnung zu verschaffen. Deshalb habe sie die äußeren Verwaltungs- und Aufsichtsaufgaben weitgehend auf den Kreissynodalvorstand verlagert. Frost wendet sich deshalb gegen die Aussage, der Superintendent in der Evangelischen Kirche im Rheinland sei nicht nur synodales Selbstverwaltungsorgan, sondern auch Organ der Gesamtkirche.“

¹⁰² Schmiedeke, Leitung (wie Anm. 89), zitiert auf S. 173 in Fußnote 79 Frost, Herbert: [Rez.] Schumann, Eberhard: Staatliche und konsistoriale Einflüsse auf die kirchliche Leitung und Verwaltung in der Geschichte der evangelischen Kirche von Westfalen und am Niederrhein. Jur. Diss. Münster 1972. 200 S., in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 22 (1977), S. 209-215, dort S. 214.

¹⁰³ Schmiedeke, Leitung (wie Anm. 89), 9. Kapitel: Das Superintendentenamts – Schaltstelle im Dienstweg, S. 162-183, dort S. 174; die Worte in der eckigen Klammer werden bei Schmiedeke nicht mitzitiert.

Perspektive zum Schluss, dass der Superintendent in den beiden „Teilsystemen“ Kirchenkreis und Landeskirche Funktionen wahrzunehmen hat.¹⁰⁴

Axel Streiter formuliert es 1973 so:

„Daraus lässt sich folgendes entnehmen: Die Amtstätigkeit des rheinischen und des westfälischen Superintendenten ist heute auch auf dem Gebiet der allgemeinen kirchlichen Verwaltung die eines kreiskirchlichen Organs. Die verfassungsmäßige Betonung dieser Eigenschaft unter gleichzeitiger Hintanstellung des landeskirchlichen Amtsauftrages löst den früheren Dualismus im Wesen des mittleren geistlichen Aufsichtsamtes zugunsten seiner Einordnung in das kreiskirchliche Synodalgefüge.“¹⁰⁵

Tatsächlich hat sich der Kontext gewandelt – es gibt keine Staatskirche –, und damit ist die alte Rollendifferenz Staat-Kirche faktisch entfallen. Was es noch gibt, ist die des Auftragshorizontes, nämlich Teilkirche und Gesamtkirche.¹⁰⁶

4.2.4 Doppelrollen Zusammenfassung

Der Themenkreis „Doppelrolle“ im Zusammenhang mit dem Superintendentenamt lässt sich wie folgt „aufräumen“: Die Superintendentin hat zusammenfassende und hierarchische Rollen, sie führt Aufsicht über andere, führt aber auch selbst aus und unterliegt insoweit der Aufsicht anderer. Das Aufgabenfeld hat eine regierende und eine seelsorgende Dimension, und wir können schließlich eine reflexive Form von der handelnden Form unterscheiden.

Die staatliche Rolle tritt seit 1918 überhaupt nicht mehr zu Tage; sie schwingt aber bei vielen Diskussionen – oft unerkannt – im Hintergrund mit. Die seelsorgende Rolle ist seit 1945 neu hinzugetreten, wird aber gedanklich nicht als „neu“ wahrgenommen. Das mag ein Baustein sein, der erklärlich macht, weshalb gerade im Superintendentenamt das Thema Doppelrolle so dominant und emotional verhandelt wird.

¹⁰⁴ Ebd.: „Die Frage, ob der Superintendent Organ nur des Kirchenkreises oder auch der Landeskirche sei, ist in juristischen Begriffen formuliert und findet bei Frost eine juristische Antwort. Übersetzt man diese Frage in systemtheoretische Begrifflichkeit, stößt man auf eines der Hauptprobleme des Superintendentenamtes: Der Superintendent hat eine Funktion sowohl im Teilsystem Kirchenkreis als auch im Teilsystem Landeskirche. Ob er nun Organ der Landeskirche ist oder nicht mag juristisch von Bedeutung sein – systemtheoretisch ist es nicht entscheidend. Da zählt vielmehr die Tatsache, dass der Superintendent Kommunikationen aus einem Teilsystem in das andere weitergibt.“

¹⁰⁵ Streiter, Superintendentenamt (wie Anm. 89), S. 410.

¹⁰⁶ Siehe oben Abschnitt 4.2.1.

4.3 Kontinuum Organisationspersönlichkeit

„Zu beobachten ist, dass sie [die Kirchen unter Sparzwang mit Strategienotwendigkeit] eine klassische betriebs- bzw. organisationsförmige¹⁰⁷ Gestaltung verfolgen, also Formen einer ‚typisch‘ organisierten Organisation präferieren, wiewohl dies Konfliktpotenzial im gemeindeorientierten Protestantismus bzw. im Hinblick auf eine mögliche Zentralisierung birgt.^{108“109}

Nach § 267 HGB¹¹⁰ sind „kleine Unternehmen“ solche, die mindestens bei zwei von drei Merkmalen unter den folgenden Grenzwerten bleiben: Bilanzsumme 6 Millionen EUR, Umsatz 12 Millionen EUR, Mitarbeiterzahl 50. Die Schwellenwerte vom „mittelgroßen Unternehmen“ zum „großen Unternehmen“ liegen bei Bilanzsumme 20 Millionen EUR, Umsatz 40 Millionen EUR und 250 Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt. Neun von 28 Kirchenkreisen überschreiten die Umsatzschwelle von zwölf Millionen Euro bereits durch die aktuelle Kirchensteuerzuweisung.¹¹¹ Fünf weitere Kirchenkreise liegen mit über elf Millionen Euro Kirchensteuerzuweisung so knapp unter diesem Schwellenwert, dass die weiteren Erträge sie über die Umsatzerlösschwelle heben dürften.¹¹² Damit dürfte gut die Hälfte aller 28 Kirchenkreise in Westfalen in der Kategorie „mittelgroße Unternehmen“ zu finden sein. Auch die Anzahl der Beschäftigten liegt bei vielen Kirchenkreise oberhalb von 50 Beschäftigten. Angesichts dieser Zahlen bei einem durchschnittlichen Kirchenkreis nicht selbstverständlich von einem professionellen Managementbedarf auszugehen, dürfte den normalen Beobachter zuerst überraschen. Erklärungsbedürftig wäre deshalb weniger das Anwenden von Managementregeln als vielmehr die vermeintliche Freiheit, sich damit nicht befassen zu sollen.

¹⁰⁷ Freilich hat die Kirche seit ihrer Gründung eine (technisch-instrumentelle) Organisation; ist so gesehen die älteste relativ stabile Organisation überhaupt. Gemeint ist hier jedoch die Art und Weise, wie betriebliche Facetten artikuliert bzw. nach außen dargestellt werden. Als „managerielles“ Geschehen präsentiert sich die Kirche erst im Wege einer stärkeren organisatorischen (Selbst-)Bewusstwerdung; und dies: weil sie sich mit anderen Organisationen und Formen sozialer Anpassung vergleicht. Für Universitäten wird es ähnlich beobachtet: Baecker, D[irk]: Organisation und Störung, Aufsätze, Berlin 2011, S. 155.

¹⁰⁸ Stöber, A[nna]: Kirche – gut beraten? Betrachtung einer Kirchengemeinde aus betriebswirtschaftlicher und funktionalistisch-systemtheoretischer Perspektive, Heidelberg 2005.

¹⁰⁹ Kühl, Stefan/Schütz, Marcel: Reform kirchlicher Steuerung – eine Frage der „richtigen Organisation?“, in: Zeitschrift für Organisationsentwicklung und Gemeindeberatung, Heft 18, Juni 2018 „kirchliche Arbeitswelten“, S. 40-44 (die Fußnoten im Zitat finden sich im Original als Fußnoten 7 und 8).

¹¹⁰ Handelsgesetzbuch; s. HGB § 267 Umschreibung der Größenklassen:

4.3.1 Personaler Deutungshorizont

Die Kirche könnte persönlicher und weniger institutionell werden, hat Konrad Hesse¹¹³ (Karl Rahner aufnehmend) vor etwa 55 Jahren (1964) geschrieben und die „freie geistige Auseinandersetzung und Wirksamkeit“ als Mittel der Kräftigung der Kirche propagiert. Hesse warnt davor, sich in einem institutionellen Kirchen-Gehäuse zu verstecken und die eigene geistliche Potenz verkümmern zu lassen. Er plädiert dafür, weniger im Gegenüber zum Staat und mehr als Teilhaber an staatlicher Freiheit zu handeln.¹¹⁴

Organisationspersönlichkeit im personalen Deutungshorizont: Wie nehmen die in der Kirche aktiven Personen, insbesondere die in Leitungsorganen aktiven, die Kirchenorganisation wahr? Mit welchem Vokabular

„(1) Kleine Kapitalgesellschaften sind solche, die mindestens zwei der drei nachstehenden Merkmale nicht überschreiten:

1. 6 000 000 Euro Bilanzsumme.

2. 12 000 000 Euro Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag.

3. Im Jahresdurchschnitt fünfzig Arbeitnehmer.

(2) Mitttelgroße Kapitalgesellschaften sind solche, die mindestens zwei der drei in Absatz 1 bezeichneten Merkmale überschreiten und jeweils mindestens zwei der drei nachstehenden Merkmale nicht überschreiten:

1. 20 000 000 Euro Bilanzsumme.

2. 40 000 000 Euro Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag.

3. Im Jahresdurchschnitt zweihundertfünfzig Arbeitnehmer.

(3) Große Kapitalgesellschaften sind solche, die mindestens zwei der drei in Absatz 2 bezeichneten Merkmale überschreiten. Eine Kapitalgesellschaft im Sinn des § 264d gilt stets als große.

(4) Die Rechtsfolgen der Merkmale nach den Absätzen 1 bis 3 Satz 1 treten nur ein, wenn sie an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren über- oder unterschritten werden. Im Falle der Umwandlung oder Neugründung treten die Rechtsfolgen schon ein, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1, 2 oder 3 am ersten Abschlussstichtag nach der Umwandlung oder Neugründung vorliegen. Satz 2 findet im Falle des Formwechsels keine Anwendung, sofern der formwechselnde Rechtsträger eine Kapitalgesellschaft oder eine Personenhandels-gesellschaft im Sinne des § 264a Absatz 1 ist.

(4a) Die Bilanzsumme setzt sich aus den Posten zusammen, die in den Buchstaben A bis E des § 266 Absatz 2 aufgeführt sind. Ein auf der Aktivseite ausgewiesener Fehlbetrag (§ 268 Absatz 3) wird nicht in die Bilanzsumme einbezogen.

(5) Als durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer gilt der vierte Teil der Summe aus den Zahlen der jeweils am 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember beschäftigten Arbeitnehmer einschließlich der im Ausland beschäftigten Arbeitnehmer, jedoch ohne die zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten.

(6) Informations- und Auskunftsrechte der Arbeitnehmervertretungen nach anderen Gesetzen bleiben unberührt.“

¹¹¹ Nach Unterlagen des Ständigen Finanzausschusses der EKvW vom 10. September 2018 sind dies folgende neun Kirchenkreise in Westfalen: Bielefeld, Bochum, Dortmund, Gütersloh, Herford, Iserlohn, Münster, Recklinghausen und Siegen.

¹¹² Dies sind die fünf Kirchenkreise: Gelsenkirchen-Wattenscheid, Hamm, Lüdenscheid-Plettenberg, Paderborn und Steinfurt-Coesfeld-Borken.

¹¹³ Hesse, Kirche (wie Anm. 43), S. 351.

¹¹⁴ A.a.O., S. 353.

werden die Eindrücke sortiert, geordnet, mitgeteilt, eingeordnet und schließlich auch bewertet? Es ist überwiegend nicht das Vokabular der Organisationslehre oder des Kirchenrechts, sondern eher ein soziologisch-psychologisches Vokabular (das der Gruppe, der Interessen, der Diskurse).¹¹⁵ Kirche wird zuerst als eine personale Angelegenheit verstanden, also als ein Phänomen, das durch konkrete Personen geformt und belebt wird.

Das wirkt sich insbesondere für das mittlere Ephoralamt aus, weil die Verständigung über die Organisation im Gewand von personalen Begriffen und Kategorien *prima facie* erfolgreicher ist als die Deutung in organisationaler Hinsicht.

4.3.2 Organisationaler Deutungshorizont

Der Kirchenkreis wird als „Dienstleistungsebene“ verstanden, als „Plattform“, als „Kristallisationspunkt kirchlicher Identität“.¹¹⁶ Typischerweise wird soziologisches Vokabular gebraucht, um das Phänomen „Kirchenkreis“ zu beschreiben. Der Kirchenkreis ist in organisationaler Hinsicht zuerst eine in der Kirchenordnung definierte Organisationseinheit in der Rechtsform der Körperschaft des öffentlichen Rechts. Es handelt sich also um eine juristische Person,¹¹⁷ die mit ihren beiden Organen (Kreissynode und Kreissynodalvorstand) Träger von Rechten und Pflichten ist. Der Auftrag wird im Art. 85 KO EKvW¹¹⁸ bezeichnet: Der Kirchenkreis nimmt

¹¹⁵ Vgl. beispielsweise Schramm, Steffen: Kirche als Organisation gestalten. Kybernetische Analysen und Konzepte zu Struktur und Leitung evangelischer Landeskirchen. Bde. 1 und 2, Berlin [u.a.] 2015, dazu: Conring, Hans-Tjabert: Kirche als Organisation gestalten – Gemeinde geht weiter!, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 62 (2017), S. 94-100.

¹¹⁶ Murken, Jens: „Die neue Diözesan-Eintheilung wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht“. Zur Gründung und Geschichte der evangelischen Kirchenkreise in Westfalen 1818–2018, in: PV-Info 2018, Nr. 1, S. 8-16, dort S. 16 (Hervorhebungen vom Vf.): „Idealtypisch ist der Kirchenkreis heute eine *Dienstleistungsebene* mit vielen Ausschüssen, eine Gesprächs- und Arbeitsplattform und eine Basis geistlicher Gemeinschaft für die Gemeinden. 1818 schuf man sie als konfessionsübergreifende Diözesen mit einem gemeinschaftlichen Leitungsorgan für die beteiligten Kirchengemeinden – dies begründete eine Gestalt der kirchlichen Mittelebene als ‚Kristallisationspunkte kirchlicher Identität‘, auf die wir uns heute – ungeachtet ihrer Zukunft – guten Gewissens beziehen dürfen.“

¹¹⁷ Vgl. dazu: Munsonius, Hendrik: Die juristische Person des evangelischen Kirchenrechts, Tübingen 2009.

¹¹⁸ Artikel 85 KO EKvW:

(1) 1Der Kirchenkreis nimmt den Auftrag der Kirche in seinem Bereich wahr. 2Er erfüllt seine Aufgaben im Rahmen der kirchlichen Ordnung in eigener Verantwortung.

(2) Der Kirchenkreis unterstützt die Kirchengemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, fördert ihre Zusammenarbeit und sorgt für einen Ausgleich der Kräfte und Lasten.

für seinen Bereich den Auftrag der Kirche im Rahmen der kirchlichen Ordnung wahr. Er unterstützt die Kirchengemeinden bei deren Aufgabenerfüllung, fördert deren Zusammenarbeit und sorgt für einen Ausgleich der Kräfte und Lasten. Der Kirchenkreis nimmt die überörtlichen Aufgaben und die aus Kirchengemeinden oder Landeskirche übertragenen Aufgaben wahr; dazu gehört auch die Aufsicht über Kirchengemeinde. Der Kirchenkreis arbeitet mit den anderen Kirchenkreisen und kirchlichen Werken zusammen und wirkt an der Leitung der Landeskirche mit. Darüber hinaus hat auch der Kirchenkreis einen ökumenischen Auftrag und „bemüht sich“ (Art. 85 Abs. 7 KO EKvW) um Zusammenarbeit mit staatlichen und kommunalen Stellen, Vereinen, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Gelegentlich entsteht der Eindruck, die Kirchenorganisation sei eine Verwaltungsangelegenheit. Wenn die Organisation der Kirche mit der Unterstützungsleistung der Verwaltung verwechselt wird, haben wir eine schwache Organisation. Wenn die Organisation der Verwaltung der Kirche als Kirchenorganisation verstanden wird, verfehlen wir den Auftrag.

Die Netzwerkorganisation Kirche agiert unbeschadet ihrer Rechtsform in unterschiedlichem rechtlichem Gewand. Das diakonische Arbeitsfeld ist traditionell weitgehend in zivilrechtlicher Form ausgestaltet. Der Auftrag der Diakonie wird gemäß § 2 Diakoniesgesetz EKvW¹¹⁹ auch vom Kir-

(3) 1Der Kirchenkreis erfüllt die Aufgaben, die in seinem Bereich überörtliche Bedeutung haben oder die ihm durch die kirchliche Ordnung übertragen sind. 2Er nimmt Aufgaben im Auftrag der Evangelischen Kirche von Westfalen wahr. 3Er wirkt bei der Aufsicht über die Kirchengemeinden mit.

(4) Der Kirchenkreis fördert die Verbundenheit der Kirchengemeinden mit der Evangelischen Kirche von Westfalen und wirkt an der Leitung der Landeskirche mit.

(5) Der Kirchenkreis arbeitet mit benachbarten Kirchenkreisen sowie kirchlichen Werken, Anstalten und Einrichtungen zusammen.

(6) Der Kirchenkreis pflegt die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen.

(7) Der Kirchenkreis bemüht sich im Rahmen seines Auftrages um Zusammenarbeit mit anderen christlichen Kirchen, mit staatlichen und kommunalen Stellen sowie mit Vereinen, Verbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen in seinem Bereich.

¹¹⁹ Kirchengesetz über die Ordnung der diakonischen Arbeit in der Evangelischen Kirche von Westfalen (Diakoniesgesetz – DiakonieG), Vom 19. November 2015, (KABl. 2016, S. 55) (Hervorhebungen vom Vf.):

§ 2 Diakonie in der Kirche

Der diakonische Auftrag wird wahrgenommen

a) durch die Kirchengemeinden, Kirchenkreise und kirchlichen Verbände der Evangelischen Kirche von Westfalen,

b) durch die Evangelische Kirche von Westfalen in Verbindung mit dem Diakonischen Werk,

c) durch rechtlich selbstständige Träger diakonisch-missionarischer Arbeit, die sich im Diakonischen Werk Rheinland-Westfalen-Lippe e. V. – Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe (Diakonisches Werk) als Landesverband zusammenschließen.

chenkreis wahrgenommen: „Der Kirchenkreis trägt die Verantwortung für die diakonische Ausrichtung der kirchlichen Arbeit und für die Förderung der diakonischen Arbeit in seinem Bereich“¹²⁰ und bildet dafür ein regionales Diakonisches Werk.

In der RWKO 1923 ist in § 73 erstmalig¹²¹ eröffnet worden, dass neben dem Gemeindepfarramt auch Pfarrer im Kirchenkreis oder in der Kirchenprovinz angestellt werden können.¹²² Damit wurde es möglich, die reiche evangelische Vereinslandschaft außerhalb der körperschaftlichen Kirche durch Etablierung entsprechender Kreispfarrer in der Sache zurückzugewinnen.¹²³

Die Rolle der Superintendentin wird in § 6 Abs. 2 Satz 2 Diakonieg¹²⁴ wie folgt geregelt:

„Die Superintendentin oder der Superintendent sowie die oder der Diakoniebeauftragte, soweit sie oder er nicht Mitglied im Leitungsorgan ist, sind geborene Mitglieder des Aufsichtsorgans; die Superintendentin oder der Superintendent hat in der Regel den Vorsitz.“

¹²⁰ § 5 Abs. 1 Satz 1 Diakonieg EKvW.

¹²¹ Die VU 1922 kennt eine entsprechende Vorschrift: Art. 47 Abs. 1 und 2; Abs. 3 sieht darüber hinaus auch noch Pfarrer der Kirche vor, die durch Beschluss der Generalsynode angestellt werden können.

¹²² § 73 RWKO 1923: „(1) Geistliche können auch ohne Berufung zu einem Gemeindepfarramt als Pfarrer einer Kirchenprovinz oder eines Kirchenkreises angestellt werden, insbesondere können Geistliche zur Erfüllung der öffentlichen Mission der Kirche, für die soziale Aufgabe und zur Jugendpflege berufen werden. (2) Die Anstellung erfolgt auf Grund eines Beschlusses der zuständigen kirchlichen Körperschaft (Provinzial-, Kreissynode). Der Beschluss hat über den Wirkungskreis und die Bereitstellung der Mittel Bestimmungen zu treffen. § 72 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.“

¹²³ Den Hinweis auf diesen Umstand verdanke ich dem Leiter des Landeskirchlichen Archivs der EKvW, Herrn Wolfgang Günther.

¹²⁴ § 6 Regionales Diakonisches Werk (Diakonieg EKvW).

(1) „Das regionale Diakonische Werk kann als rechtlich selbstständige oder unselbstständige Einrichtung eines oder mehrerer Kirchenkreise gebildet werden.

Das regionale Diakonische Werk nimmt als regionale Gliederung des Spitzenverbandes der freien Wohlfahrtspflege der Evangelischen Kirche von Westfalen (Diakonisches Werk) in der Regel die Vertretung der Diakonie in der Region gegenüber den staatlichen, kommunalen, kirchlichen und anderen Stellen wahr.

(2) Im Aufsichtsorgan des regionalen Diakonischen Werkes müssen Kirchenkreis und Kirchengemeinden angemessen vertreten sein. Die Superintendentin oder der Superintendent sowie die oder der Diakoniebeauftragte, soweit sie oder er nicht Mitglied im Leitungsorgan ist, sind geborene Mitglieder des Aufsichtsorgans; die Superintendentin oder der Superintendent hat in der Regel den Vorsitz. Bilden mehrere Kirchenkreise ein gemeinsames regionales Diakonisches Werk, wird die Vertretung der Superintendentinnen und Superintendents sowie der Diakoniebeauftragten im Aufsichtsorgan in der Satzung geregelt.

(3) Die Berufung der Mitglieder des Leitungsorgans des regionalen Diakonischen Werkes erfolgt im Benehmen mit dem Diakonischen Werk und dem Landeskirchenamt.

Die Superintendentin eines Kirchenkreises wird darüber hinaus um der umfassenden Sorge für den diakonischen Auftrag willen auch in örtlich aktiven diakonischen Unternehmen eine Rolle spielen. Hier sind es regelmäßig Aufsichtsorgane, in denen die Vorsitzenden der kreiskirchlichen Leitungsorgane mitwirken.¹²⁵

5. Text und Kontext in der Veränderung

Das Durchschreiten historischer Räume, das Abschiednehmen von überkommenen Kontexten, erlaubt den Blick auf die Entwicklung der Organisationspersönlichkeit Kirche sowohl mit personalem als auch mit organisationalem Blickwinkel. Einige Veränderungen von Organisationsregeln wirken korrelativ weiter, beispielsweise das Frauenwahlrecht und der Abschied vom preußischen Klassenwahlrecht. Damit wurde eine Veränderung der Zusammensetzung der Presbyterien eingeleitet und intendiert. Alles, was wirkt, hat aber auch Nebenwirkungen. Zu diesen Nebenwirkungen kommt ein Rückgang der „natürlichen ökonomischen Weltkompetenz“ in Gemeindeorganen.

Wenn eine heutige Superintendentin über die Einhaltung kirchlicher Ordnung wacht, stellt sich dem modernen Zeitgenossen die Frage, welcher „Compliance-Maßstab“ hier wohl auf welchen Sachverhalt angewandt wird. Mit welchem Maßstab wird welche Wirklichkeit abgeglichen, und wem oder was wird gegebenenfalls Einhalt geboten? Welcher Ordnung gilt es den Weg zu bahnen in einer unordentlichen Welt? Das Wort „Kirchenzucht“ ist vor einiger Zeit in Art. 190 KO EKvW mit „geschwisterliche Zurechtweisung“ übersetzt worden, und selbst im Kontext von neuen Gemeindeformen¹²⁶ tritt es nicht wieder hervor.

Bezieht sich die Einhaltung kirchlicher Ordnung heute vornehmlich auf die Kohärenz mit verwaltungstechnischen Standards und dem, was der Rechnungsprüfung zugänglich ist (Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung)? Können Sitte und Anstand, also übersetzt in heutige Form: „kommunikative Seriosität“, durch die Superintendentin befördert werden?

Wie funktioniert die Regierung der Kirchenorganisation heute tatsächlich? Wieviel Leitung durch Predigt, wieviel Leitung durch bewusste Geschichte, wieviel Trittbretthemen auf personal verständlichen Konflikten?

Das Tätigkeitsfeld heutiger Superintendenten hat sich vom kommunikativen zum dispositiven kirchlichen Handeln geweitet. Es bedarf solider

¹²⁵ Vgl. Vogelbusch, Friedrich: Der Aufsichtsrat in gemeinnützigen Unternehmen, in: *Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht (NZG)* 30 (2018), S. 1161-1169.

¹²⁶ Vgl. dazu: Conring, *Kirchenrecht überschreitet* (wie Anm. 1), S. 113-153.

Kenntnis kirchordentlicher Grundlagen, landeskirchlicher Organisationsentwicklung sowie kommunalpolitischer und landespolitischer Szenerien, um einen Kirchenkreis sicher in die Zukunft zu steuern. Superintendenten brauchen geistliche Führungskraft aber auch ein handwerklich gutes Managementrüstzeug, um einen hilfreichen Beitrag zur Führung der natürlichen und juristischen Personen leisten zu können. Darin hat sich – in dieser Generalität – trotz gewandelten Kontextes seit der Entstehung des protestantischen Leitungsamtes wenig geändert.

Der Meister sprach: „Lernen und nicht denken ist nichtig. Denken und nicht lernen ist ermüdend.“¹²⁷

¹²⁷ Die Lehren des Konfuzius Chinesisch-Deutsch, Übersetzt und erläutert von Richard Wilhelm, 2008, Gespräche Buch II 15, S. 105: chinesisch: 子曰：„學而不思則罔，思而不學則殆“.